

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 28. November 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Man sollte meinen . . .

**M**an sollte meinen — daß aus den Hessenwahlen die unbedingte Lehre zu ziehen ist: Gegen die Nazis muß eine Einheitsfront aller Arbeiter aufgerichtet werden! Gewiß ist das Wort „Einheitsfront“ für viele hinreichend verdächtig. Fast jede Partei versteht darunter, daß die anderen sich den Direktiven ihrer Partei zu unterwerfen haben. Nicht die Mehrheit nach demokratischen Grundsätzen soll entscheiden, sondern die Diktatur der angeblich aktivsten Gruppe, die manchmal die kleinste ist. Mit dieser Methode bringt man natürlich nie eine Einheitsfront zustande. Immerhin war die Diskussion der letzten Woche in der Tagespresse nicht uninteressant: Während Breitscheid namens der SPD erklärte, nach dem Abrücken der KPD von den bisherigen Terrorakten und der neuen Parole, solche Einzelattentate als parteischädigend zu bezeichnen, wäre ein bedeutendes Hindernis zur jeweiligen Verständigung mit der KPD geschwunden. Darum müsse von der Brüning-Regierung um so kategorischer gefordert werden, daß sie schärfere Maßnahmen gegen die Bürgerkriegsmethoden der Nationalsozialisten anwendet. Aber nun kam die „Rote Fahne“ alsbald daher und erklärte zu diesem Verständigungsangebot: Der „Hauptfeind der Arbeiterklasse ist die Sozialdemokratie“ nach wie vor! Wir sind ja seit Jahren solche Begeiferungsstrassen gewöhnt. Daß aber in der jetzigen Situation immer noch an diesem konservativ-kommunistischen Agitationschwab festgehalten wird, ist doch wirklich allerhand. Selbst in weiten Reihen der KPD ist man entsetzt über solche Auffassung führender KPD-Leute. \* \* \*

Man sollte auch meinen — daß nach den Vorgängen in Braunschweig und anderswo ganz allgemein die öffentliche Meinung gegen die Naziorden Stellung nehmen müßte. Aber die Schwerindustrie will ihre Millionen nicht vergeblich in die Naziorganisation gesteckt haben. So entschuldigen nicht bloß die „Deutsche Bergwerkszeitung“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, sondern auch der Hugenberg-Pressekonzern die Bürgerkriegsromantik mit Mord und Totschlag, wie wir sie jetzt in Deutschland fast täglich feststellen müssen. In der Hugenberg-Presse wird sogar abgeleugnet, daß die Nazis die Hauptangreifer sind, indem man wohl den einzelnen politischen Mord sensationshalber in großer Aufmachung bringt, aber verschweigt, wenn die Urheber Nationalsozialisten sind. Man kann hier schon von regelrechten Fälscherstücken sprechen.

Der Vorsitzende des Reichsbanners, Genosse Hörzing, veröffentlicht nun in der Tagespresse einen Artikel: „Acht Jahre Nazimord!“, in dem er zahlreiche Fälle zusammenstellt, in denen Reichsbannerleute von rechtsradikalen Mordschützen getötet oder schwer verletzt worden sind. Ebenso ist durch Eingabe des SPD-Vorstandes an den Reichsinnenminister Groener eine Zusammenstellung erfolgt über gerichtlich festgestellte Mordtaten der Naziorden.

Dieser unerträgliche Bürgerkriegszustand hat nun Severing zu neuen Verordnungen zwecks Abwehr von politischem Terror und Gewalttaten veranlaßt, worüber näheres unter „Politische und wirtschaftliche Wochenschau“ gesagt wird.

Wir haben nun eigentlich Verordnungen genug. Man sollte meinen — das deutsche Volk benötige weniger Verordnungen und — mehr Selbstzucht. \* \* \*

Man sollte meinen — es ist genug des grausamen Spiels mit dem Lohnabbau. Aber da deutet die Tagespresse nach den Sitzungen des Reichswirtschaftsbeirats an, daß ein neuer Lohnraub beabsichtigt ist, der die deutschen Arbeitnehmer insgesamt auf den Lohnstand von Januar 1927 zurückwerfen soll. Gewiß wird für manche Arbeitnehmerkategorie, insbesondere soweit Kurzarbeit in Frage kommt, der Lohnstandard von 1927 längst unterschritten sein. Andererseits gibt es doch noch Kategorien, bei denen dies nicht der Fall ist. Und hier soll nun ein neuer Lohnabbau einsehen, soweit die tariflichen Bindungen das zulassen.

**Uns scheint dieser neue Lohnabbau gewerkschaftlich nicht tragbar.**

Wir haben erlebt, daß alle Versprechungen über die Preissenkung nicht durchgeführt worden sind. Sowohl Kartellpreise als „Marken“- und Monopolpreise mit ungeheuerlichen Profitausschlägen werden nach wie vor beibehalten. Vor allen Dingen sind die Lebensmittel (Agrarprodukte durch Schutz Zoll und andere Methoden) ungeheuerlich hoch im Preise gehalten. Sollen denn die Millionen Arbeitenden und Arbeitslosen mit Gewalt zur Verzweiflung getrieben werden? Will man die Leute des sogenannten neuen Mittelstandes, Beamte, Lehrer, Angestellte, aber auch die Kleinhändler, in noch stärkerem Maße in das Lager der Nazis treiben?

Es ist unserer Agitation bisher leider noch nicht gelungen, hier genügend Bresche zu schlagen, so daß die Erkenntnis ihrer elenden Lage sie nicht zum Klassenbewußtsein und zur Klassenzugehörigkeit mit der Arbeiterschaft führt, sondern zum Gegenteil. Sie verbünden sich mit unserem Feinde und bilden die Prätorianergarde des Kapitals, wie alle Wahlen der letzten Zeit zeigen.

So verbleibt den Mitgliedern der freien Gewerkschaften eine schwere Aufgabe. Sie müssen im heftigen Sturm dieser bösen Zeit aufrecht stehen gegen rechts und links. Rechts droht der große Feind, die Diktatur des Faschismus. Links aber ist die Unvernunft und Uneinigkeit derer, die bei völlig falscher Kräfteeinschätzung ebenfalls mit Gewalttaten und Diktatur die Dinge in ihrem Sinne meistern wollen. Die deutschen Gewerkschaften müssen demgegenüber geschlossen und einig, unverzagt und aktiv den Kampf aufnehmen. **Stärkster Abwehrkampf nach rechts und Aufklärungsfeldzug gegen links.** Diese Aufgabe müßte sich jedes unserer Mitglieder stellen — das sollte man meinen! E. D.

## Sozialfürsorge oder Kapitalfürsorge?

Im Mittelpunkt der Hege gegen die Arbeiterrechte steht der Kampf gegen die Sozialpolitik. Tarifverträge und Sozialversicherung haben den Hauptstoß auszuhalten. Mit allen Mitteln der Demagogie und der Unwahrhaftigkeit suchen Wortführer und Presse der Reaktion der Arbeiterschaft vorzutäuschen, daß die Kosten der deutschen Sozialpolitik Staat und Volk an den Rand des Abgrundes gebracht hätten. Die Leistungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden für die Sozialpolitik sollen so hoch sein, daß die öffentlichen Finanzen und mit ihnen Volk und Wirtschaft zusammenbrechen müssen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, eines der gefährlichsten Hegeorgane gegen die deutsche Arbeiterschaft, brachte vor wenigen Wochen wieder Angaben über die Höhe der Soziallasten, die ein charakteristisches Beispiel sind für die Unwahrhaftigkeit der Methode, die von den Gegnern der Sozialpolitik angewandt wird. Dort wird von einem Gesamtaufwand von rund 10 Milliarden Mark für soziale Zwecke gesprochen, eine Summe, die, wenn man sie ohne nähere Untersuchung auf sich wirken läßt, im ersten Augenblick selbst bei manchem Arbeiter Zweifel über den Wert der Sozialpolitik auslösen muß. Geht man diesen Zahlen jedoch etwas näher nach, so ergibt sich, daß zunächst einmal in ihnen eine Summe von etwa 1½ Milliarden Mark für die Unterstützung der Kriegsoffer enthalten ist, und daß im übrigen der weitaus größte Teil der sozialen Aufwendungen von den Trägern der Sozialversicherung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, selbst aufgebracht wird. Diesen Leistungen stehen Ausgaben gegenüber, die allerdings höher sind, und die durch Zuschüsse des Reiches gedeckt werden. Nun liegt die Methode der Feinde der Sozialpolitik darin, ihre Zahlen immer so aufzumachen, daß der ungeschulte Leser den Eindruck hat, als wenn diese Summen vom Staat aufgebracht werden müssen, und diese Lasten die Hauptursache der Erschütterungen der öffentlichen Finanzen und mit ihnen der übrigen Wirtschaft geworden sind. Tatsächlich werden jedoch vom Reich im laufenden Jahr insgesamt nur rund 1 Milliarde Mark Aufwendungen für diese Zwecke gemacht, also ein Summe, die, gemessen an den Gesamtaufwendungen für andere Zwecke, durchaus nicht zu hoch ist. Diese Summe verteilt sich zu ungefähr gleichen Teilen auf die Arbeitslosenfürsorge und die verschiedenen Einrichtungen der Sozialversicherung. Wenn man den Gesamtaufwand der öffentlichen Hand für die Sozialversicherung erfassen will, muß man zu diesem Betrag noch die erheblichen Aufwendungen für die Wohlfahrtserwerbslosen und für die übrige Wohlfahrtspflege mit einrechnen, die insgesamt die runde Summe von 1,7 Milliarden Mark ausmachen werden. Zusammengefaßt beträgt somit der reine öffentliche Aufwand für die Sozialfürsorge ausschließlich der Kriegsoffer 2,7 Milliarden Mark, eine Summe, die, gemessen an dem Umfang der Arbeitslosigkeit und des sozialen Elends in Deutschland, durchaus nach jeder Richtung zu verantworten ist.

Was aber in dieser Hege gegen die Sozialpolitik wesentlich verschwiegen wird, ist die Tatsache, daß wir in Deutschland nicht nur eine Sozialfürsorge haben, sondern daß wir auch eine weit ausgebaute Fürsorge für das Kapital besitzen, die verdienen, einmal gegenseitig in Vergleich gestellt zu werden. Mit der Ausschaltung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften aus der Reichspolitik hat sich in Deutschland ein Kurswechsel vollzogen, der sich nicht nur in einer Senkung der Arbeiterlöhne und in höherer steuerlicher Belastung der Arbeiterschaft ausgewirkt hat, sondern der darüber hinaus besondere Fürsorgemaßnahmen im Interesse des Privatkapitals zur Folge gehabt hat. Diese Maßnahmen bringen für den Staat und die Allgemeinheit gewaltige finanzielle Belastungen. Die Lasten, die aus dieser Kapitalfürsorge für die Allgemeinheit entstanden sind, sind heute bereits so hoch, daß sie das Vielfache derjenigen Aufwendungen betragen, die die öffentliche Hand für soziale Zwecke leistet.

Die Kapitalfürsorge wird auf verschiedene Weise durchgeführt. Eine der auffälligsten und für die breiten Massen drückendsten Maßnahmen ist die Zollpolitik. Um zu verhindern, daß die gewaltigen Preisstürze auf den Weltmärkten — insbesondere für Ernährungsprodukte — auch den breiten Massen des Volkes in Deutschland zugute kommen, ist es der Landwirtschaft gelungen, die Einfuhr von hoher Zölle zu erzwingen und dadurch die Preise in Deutschland wesentlich über den Preis auf dem Weltmarkt zu halten.

Durchaus zuverlässige Berechnungen haben ergeben, daß die Gesamtbelastung der deutschen Verbraucherschaft durch diese Agrarzölle in diesem Jahre 3,5 bis 3,75 Milliarden Mark

betragen wird. Auch für Industrieerzeugnisse sind Zölle durchgesetzt worden, die zu einer erheblichen Verteuerung der in Deutschland abgesetzten Waren geführt haben, die etwa mit einer Milliarde Mark zuverlässig berechnet werden kann. — Dazu kommen noch viele hundert Millionen Mark, die in den öffentlichen Haushalten für Industrie und Landwirtschaft festgelegt worden sind und zum Teil unmittelbare Subventionen darstellen.

Ein anderer Weg ist die Uebernahme von Garantien für Geschäfte, die die Industrie insbesondere mit ihren ausländischen Kunden abschließt. Die deutsche Industrie hat durch ihre sinnlosen Investitionen (Kapitalfestlegungen) in den vergangenen Jahren Milliardensummen verbraucht, anstatt diese Beträge sicherzustellen und mit ihnen ihren laufenden Kapitalbedarf zu befriedigen. Die Folge davon ist, daß die Industrie von der Hand in den Mund lebt und größere Auslandsaufträge durch Garantieverpflichtungen der Reichskasse durchführt. Wir haben aber auch wie im Fall der Danabank erlebt, daß das Reich einsprang und die Garantie für die gesamten Verpflichtungen dieser Bank übernahm in der Absicht, schwere Erschütterungen für die Wirtschaft zu vermeiden. In anderen Fällen, wo durch verfehlte Politik in der Vergangenheit solche Unternehmungen gefährdet waren, ist das Reich sogar mit Darlehen oder unmittelbaren Beteiligungen eingegriffen, wie z. B. bei der Dresdner Bank und in den letzten Tagen bei dem Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz. Soweit über die Kapitalfürsorge öffentliche Feststellungen möglich sind, ergibt sich folgendes Bild (ohne Osthilfe und Roggenstützung):

1. Zölle: Landwirtschaft 3500 bis 3750 Millionen Mark, Leistungen der öffentlichen Haushalte 400 Millionen Mark, Industriezölle 1000 Millionen Mark, Leistungen der öffentlichen Haushalte 300 Millionen Mark.

2. Garantieermächtigungen und Garantien einschl. Danabankverpflichtungen und Russenkredite 4050 Millionen Mark.

3. Darlehen und Beteiligungen, Darlehen der Reichskasse 840 Millionen Mark, Bankbeteiligungen des Reiches seit der Julikrise 550 bis 570 Millionen Mark. Insgesamt 10 650 bis 10 910 Millionen Mark.

Rechnet man die verschiedenen unsichtbaren Fürsorgemaßnahmen hinzu, zu denen wir im Augenblick noch die Osthilfe und ähnliche Aktionen rechnen, so ergibt sich, rund gerechnet, ein Aufwand der Kapitalfürsorge des Deutschen Reiches in Höhe von 11 Milliarden Mark. Vergleichen wir nun diese Kapitalfürsorge mit den öffentlichen Aufwendungen für die reine Sozialfürsorge, so ergibt sich folgendes Bild: für die Sozialfürsorge werden 2,7 Milliarden und für die Kapitalfürsorge 11 Milliarden aufgebracht. Selbst, wenn wir noch die Aufwendungen für die Kriegsoffer, die man eigentlich in diesem Falle nicht hinzurechnen darf, ebenfalls mit in Anrechnung bringen und sonstige ähnliche Aufwendungen, so ergibt sich im Höchstfall ein gesamter öffentlicher Aufwand von 4,2 Milliarden Mark gegenüber den 11 Milliarden Mark Fürsorge für das Kapital. Berücksichtigen wir weiter, daß die Hauptzuschüsseleistungen des Reiches und der Gemeinden zur Sozialpolitik auf die Unterstützungen von Arbeitslosen entfallen, so zeigt sich, daß auch dieser Teil der öffentlichen Aufwendungen nichts anderes ist als unmittelbare Belastungen des Reiches aus der Wirtschaftskrise. Je mehr wir diesen Gesamtbelastungen auf den Grund gehen, desto deutlicher erkennen wir, daß überwiegend die öffentlichen Lasten ihren Ursprung in der Wirtschaftsnot haben, die aus den Fehlern und den Mängeln des Wirtschaftssystems des Kapitalismus geboren sind.

Das sind Zahlen, die der ganzen Arbeiterschaft Anlaß geben sollten, über die gegenwärtige Lage nachzudenken. Vielleicht wird manchem Arbeiter bei solchem Nachdenken begrifflich werden, weshalb die Reaktion ihre Kräfte immer mehr zu einer Einheitsfront sammelt und sie geschlossen gegen die Arbeiterschaft vorführt. Eine Staatsmacht, die so ungeheure Fürsorgeleistungen für das Privatkapital aufbringen muß, hat einen Anspruch auf Ueberführung großer Teile der Wirtschaft in den Besitz des Staates und damit der Allgemeinheit. Das Privatkapital weiß ganz genau, daß seine Schicksalsstunde längst geschlagen hätte, wenn die deutsche Arbeiterschaft sich ihrer Kraft bewußt wäre und die politische Macht in ihren Händen hätte. Weil es das weiß, deshalb unterstützt es jede Bewegung, die die Arbeiterschaft bekämpft. Es wird in der höchsten Zeit, daß die Arbeiterschaft sich der geschichtlichen Zeit, in der wir leben, bewußt wird und ihre Kräfte geschlossen zur Niederringung des Kapitalismus und zur Aufrichtung des Sozialismus einsetzt.

Rudolf Cengersdorff.



## Wirtschaftsfragen auf der 12. Völkerbundsversammlung

Die 12. Völkerbundsversammlung, die im September 1931 in Genf tagte, hatte vornehmlich mit Angelegenheiten der internationalen Politik zu tun, doch wurde auch über Wirtschaftsfragen verhandelt, namentlich bei Gelegenheit der Besprechung über die Tätigkeit des Völkerbundes seit seiner Tagung von 1930 sowie im Wirtschaftsausschuß, auf dessen Vorschlag die Vollversammlung sieben Entschlüsse über wirtschaftliche Probleme annahm.

Von den auf Wirtschaftsfragen bezüglichen Entschlüssen der Völkerbundsversammlung ist vor allem jene zu erwähnen, welche

die Ausführung öffentlicher Arbeiten von internationaler Bedeutung betrifft. Es handelt sich dabei besonders um den Ausbau der Kraftwagenstraßen, der Binnenwasserstraßen und die Europäisierung der Elektrizitätswirtschaft. Die Anregung hierzu ging vom Internationalen Arbeitsamt aus, das auch bereits ein vorläufiges Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet hat, welches den zuständigen Organen des Völkerbundes vorgelegt wurde. Die Entschlüsse wünschen, daß die Vorschläge, die bisher in bezug auf den Gegenstand gemacht wurden, von einem Untersuchungsausschuß der Verkehrsorganisation des Völkerbundes auf die Möglichkeit ihrer Durchführung geprüft werden sollen. Dem Ausschuss sollen auch Vertreter des Internationalen Arbeitsamts und der Wirtschafts- und Finanzorganisation des Völkerbundes beigegeben werden. Der Bericht des Ausschusses ist dem Völkerbundsrat zu erstatten. — Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts bestimmte zu seinen Vertretern in dem Untersuchungsausschuß: Regierungsgruppe: de Michelis (Italien); Stellvertreter: Sokal (Polen); Arbeitsgruppe: Lambert-Ribot (Frankreich); Stellvertreter: Dogel (Deutschland); Arbeitnehmergruppe: Jouhaug (Frankreich); Stellvertreter: Schürch (Schweiz). — Bis jetzt hat der Ausschuss seine Arbeiten noch nicht begonnen und es ist sehr zu befürchten, daß bis zur Erledigung seiner Aufgabe geraume Zeit verstreichen wird. Das schwierigste Problem wird wahrscheinlich die Beschaffung der für internationale öffentliche Arbeiten erforderlichen Geldmittel sein.

Eine andere Entschlüsse der Völkerbundsversammlung wendet sich gegen die häufigen Änderungen der Zolltarife und die Unbeständigkeit der Handelspolitik im allgemeinen, die eine Gefahr für die Währungen und das Kreditwesen der Welt bedeuten. Den Ländern wird empfohlen, jede Änderung der Zoll- und Handelspolitik zu unterlassen, die geeignet wäre, zur Aufhebung von Handelsverträgen zu führen, zur Verschärfung der wirtschaftlichen Gleichgewichtstörungen beizutragen usw. Wo Handelsverträge nicht bestehen, sollen sie auf möglichst liberaler Grundlage abgeschlossen werden.

Die Aufmerksamkeit der Regierungen wird erneut auf eine Empfehlung der Weltwirtschaftskonferenz gelenkt, welche den Abschluß internationaler Wirtschaftsverein-

barungen — unter bestimmten Voraussetzungen und Sicherungen — als Mittel zur günstigen Gestaltung der Produktion und des Handels bezeichnet.

In einer anderen Entschlüsse wird auf die Bedeutung der Wirtschaftsräte hingewiesen, die in einigen Staaten als Vertretungen der wirtschaftlichen Interessentengruppen eingesetzt wurden; der Völkerbund wurde zugleich beauftragt, entsprechende Mittel der Zusammenarbeit dieser Einrichtungen und des Völkerbundes ausfindig zu machen. — Die Versammlung nahm ferner

eine Entschlüsse an, welche die bisherigen Arbeiten des Studienausschusses für europäische Zusammenarbeit gutheißt und ihre Fortsetzung verlangt, wobei, wenn immer möglich, die technischen Organe des Völkerbundes mitwirken sollen. Ein Unterausschuß, dem auch Vertreter außereuropäischer Länder angehören sollen, soll die Frage eines wirtschaftlichen Nichtangriffspakts studieren. — Der vom Studienausschuß für europäische Zusammenarbeit gemachte Vorschlag betreffend die Errichtung eines Instituts für lang- und mittelfristige Kredite soll von den zuständigen Organen des Völkerbundes geprüft und, wenn möglich, soll das Institut unter leitender Aufsicht des Völkerbundes geschaffen werden. — Weitere Entschlüsse beziehen sich auf die Fortsetzung der vom Internationalen Arbeitsamt begonnenen Untersuchungen über die Arbeitsverhältnisse in Gefängnissen, auf die Wohlfahrt der arbeitenden Kinder und Jugendlichen, die unter den gegenwärtigen Wirtschaftsbedingungen besonders bedroht ist, die ländliche Gesundheitspflege, die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung des Materials über Sklaverei, das dem Völkerbund seit der Unterzeichnung des Antisklavereibündnisses von 1926 von den Regierungen vorgelegt wurde. — Die Völkerbundsversammlung nahm an den

Haushaltsrechnungen der Völkerbundsinstitutionen Abträge vor. Die Ausgaben der Internationalen Arbeitsorganisation für 1932, die mit 9 158 000 Schweizer Franken veranschlagt waren, wurden um 671 000 Franken herabgesetzt. Der größte Teil davon trifft auf Einsparungen von Mitteln, die für die Abhaltung von Konferenzen vorgesehen waren. Die Einschränkungen an Ausgaben für Ausschüsse betragen 24 000 Franken, die Einsparungen an Gehältern und Reisekosten 34 000 Franken usw. Die Völkerbundsversammlung anerkannte, daß in Anbetracht der herrschenden Wirtschaftskrise die Lasten der Staaten in vernünftigen Grenzen vermindert werden sollen. Um aber zu einer Gesundung der Lage zu gelangen, komme es darauf an, den internationalen Institutionen die Mittel zu belassen, die für die Förderung der Zusammenarbeit der Völker erforderlich sind.

H. Fehlinger.

### Arbeiten und nicht verzweifeln

Die kapitalistische Weltwirtschaft ist erschüttert. Krieg und andere Ursachen trafen die Wirtschaft Deutschlands doppelt schwer. Nicht unberührt davon blieb die deutsche Arbeitnehmerschaft. Es liegt aber gar kein Grund vor, darüber zu verzweifeln. Opfer tragen ihre Früchte.

Die Gegenwart lehrt, daß die Abwehrfront der Arbeitnehmer gestärkt werden muß. Dieses hat den Gesamtverband veranlaßt, eine Werbeaktion einzuleiten trotz ungünstigster Umstände. Wenn diese überwunden werden sollen, dann nur mit den Mitteln der Gewerkschaft.

Den Straßen-, Privat-, Hafen- und Werksbahnern gilt diese Mahnung ebenfalls. Unser Verband hat in vorderster Linie mitgeholfen, die Willkürherrschaft unserer Unternehmer zu brechen. Der Straßen-, Privat-, Hafen- und Werksbahner steht heute, durch Tarifverträge, Betriebsräte- und Arbeitsgerichtsgesetz geschützt, gleichberechtigt dem Unternehmer gegenüber. Er nimmt teil an der Lohn- und Gehaltsbildung und damit an der Sicherung seiner Existenz.

Gerade unser Verband war es, der für Straßen-, Privat-, Hafen- u. Werksbahner Tarifverträge schuf mit weitgehenden Sozialbestimmungen. Das gleiche gilt hinsichtlich der Einkommenssteigerungen. Diese überschritten wesentlich die Realeinkommen der Vorkriegszeit.

### Dadurch war eine allgemeine Höherbewertung des Personals

bei Straßen-, Privat-, Hafen- und Werksbahnen erzielt. Dieser Erfolg ist nur allein unserer starken gewerkschaftlichen Organisation und deren Schlagkraft zu verdanken.

Wenn jetzt unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise und der deutschen Wirtschaftskrise die Unternehmer versuchen, die Tarifverträge und die Einkommen zurückzudrücken und dabei sogar die Hilfe einer bürgerlichen Regierung finden, dann muß unser Widerstand doppelt gestärkt werden. Dazu ist notwendig, die Arbeitnehmerschaft noch zahlreicher und noch enger zusammenzuschließen im Gesamtverband.

Die erlittenen Schlägen gilt es auszuwetzen. Dazu müssen wir die Waffen schärfen. Die schärfste Waffe gegen Unternehmertum und Kapitalismus ist aber die Gewerkschaft. Der Gesamtverband ist die Einheitsorganisation für alle Arbeitnehmer, welche bei Straßen-, Privat-, Hafen- und Werksbahnen beschäftigt sind. Verzweifelt nicht, sondern arbeitet daran, diese Einheitsorganisation zur **unüberwindlichen Macht**

im Kampfe für die Interessen der Verkehrspersonale zu gestalten.

*W. Kempf*

## Die deutsch-französische Schifffahrtskommission

Einen Erfolg hatte der Besuch des französischen Ministerpräsidenten Caval in Berlin auf jeden Fall: es wurde ein gemischtes Komitee eingesetzt, das dem wirtschaftlichen Frieden zwischen Frankreich und Deutschland dienen soll. Auf Wunsch Frankreichs werden in einer besonders gebildeten Schifffahrtskommission die Schifffahrtsinteressen der beiden Länder ein besonderer Beratungspunkt bilden. Anlässlich der Probefahrt des neuen französischen Passagierschnelldampfers „Atlantique“ äußerte sich der Minister für die französische Handelsmarine wie folgt:

„Die Stunde wird kommen, in der es notwendig sein wird, zwischen den Ländern Verhandlungen anzubahnen, um an die Stelle der unerbittlichen Konkurrenz eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu setzen.“

Diese Äußerung hat zweifellos allgemein wirtschaftliche Bedeutung, galt aber in diesem Fall vor allem der Schifffahrt. Die „Atlantique“ wird in den Südamerikadienst gestellt, wo sie vor allem auf die ausgezeichnet bediente Konkurrenz der Hamburg-Süd trifft, hinter der seit einigen Monaten die Hapag-Clodion steht. Stärkere Besorgnisse scheint Frankreich aber um seinen Platz in der Nordatlantikkfahrt zu haben. Auch in diese Fahrt setzt Frankreich ein neues Großschiff ein, die „Isle de France“, die in Konkurrenz vor allem zu den Clodion-Dampfern „Bremen“ und „Europa“ treten wird. Man hat wohl auch in Frankreich erkannt, daß bei der Ueberfüllung des Nordatlantik mit derartigen Spitzenschiffen die Rentabilitätsaussichten auf den Nullpunkt sinken müssen. Nach unserer Meinung, die sich an den Darlegungen bürgerlicher Schifffahrtsfachverständiger orientiert, sind diese Luxusfahrzeuge überhaupt unrentabel, so daß es sich bei einem Uebereinkommen höchstens darum handeln kann, den Verlust so klein wie möglich zu halten. Dies Uebereinkommen in der Nordatlantikkfahrt ist einer der Punkte, die die deutsch-französische Kommission zu beraten haben wird. Die Frage wird sich allerdings kaum zwischen Frankreich und Deutschland erledigen lassen, da in dieser Fahrt ja auch England und Amerika ein Wort mitzureden haben. England baut neue Riesenschiffe, die das „Blaue Band“ wieder erringen sollen. Amerika hält sich zwar entgegen seinen Ankündigungen mit dem Bau von Riesenschiffen zurück, läßt aber sonst seine Werften nicht hungern. In Italien ist eben ein 48000-Tonner vom Stapel gelaufen, der 28 Knoten laufen, also schneller als die „Europa“ sein soll. Deshalb ist eine „Fahrplanverständigung in der Nordatlantikkfahrt“ zwischen Deutschland und Frankreich bestenfalls halbe Arbeit. Sie muß international erweitert werden entsprechend der Aufgabe der Kommission, „die Durchführbarkeit internationaler Abmachungen über Schifffahrt und Luftverkehr“ zu prüfen. Dieser internationale Charakter der deutsch-französischen Schifffahrtsverhandlungen wird noch deutlicher durch einen weiteren Punkt, den Frankreich zur Beratung angemeldet hat: „Beschränkung der Schiffneubauten“. An diesem Punkt hat kaum eine Nation ein so großes Interesse wie Deutschland. England und Amerika subventionieren ihre Schifffahrt und reizen dadurch zu immer neuem Schiffbau. Die beiden angelsächsischen Nationen werden aber in Schatten gestellt durch die lateinischen Nationen Frankreich und Italien. Vielleicht spürt nun allmählich auch das reiche Frankreich die Last der Schifffahrtssubventionen, und sachverständige Begeisterung über den Ruhm der Nation stopft nicht das Loch, das die Subventionierung der Schifffahrt in den Etat Italiens aufreißt. Einzig die deutschen Reeder erhalten keine Subvention und selbst die jetzige traurige Lage der deutschen Schifffahrt hat erfreulicherweise an der Haltung der deutschen Reeder, die die Subventionierung ablehnen, nichts geändert. Auf die Dauer ist eine Flotte, die nicht aus dem Handels- und Wirtschaftsbedürfnis des Landes entsteht, ein Danaergeschenk. Eine durch Subventionierung großgepöppelte Schifffahrt ist ein Faß ohne Boden, in das immer neue Millionen aus dem Schatz der Allgemeinheit gefüllt werden müssen.

Der Versuch, das Tonnageangebot zu regulieren, ist nicht neu, sondern wurde schon von dem deutschen Schifffahrtsmann Albert Ballin vor dem Kriege unternommen. Der Versuch scheiterte trotz des hohen Ansehens, das Ballin in der ganzen Schifffahrtswelt genoss. Alle späteren Versuche, sei es durch Stilllegung bestimmter Jahresklassen oder Schiffgrößen, sei es durch Abwrackung des überflüssigen und überalterten Schiffsraums, sind ebenfalls fehlgeschlagen. Wir fürchten, die deutsch-französische Kommission wird keinen besseren Erfolg haben. Es wäre allerdings schon viel gewonnen, wenn sich die Regierungen verpflichten würden, wenigstens die Bauzuschüsse einzustellen und nach und nach die Subventionen abzubauen. Auf die eigene Rentabilitäts-

berechnung gestellt, würde die Bauwut einen heilsamen Dämpfer bekommen. Wir glauben, daß der Beratungspunkt zu eng gestellt ist. Es ist nicht mit der Beschränkung der Schiffneubauten getan. Für den natürlichen und unnatürlichen Abgang muß eine Reederei schließlich Ersatzbauten bestellen, besonders wenn man sich wie die Spitzenorganisationen der Reeder für die Abwrackung überalterten Schiffsraums ausspricht. Aber auch hier taucht schon wieder eine Schwierigkeit auf. Die Reeder wracken die alten Schiffe nicht immer ab, sondern verkaufen sie vielfach und bauen dann neue. So erklärt es sich, daß z. B. das Durchschnittsalter der griechischen Handelsflotte 29½ Jahre beträgt. Vor dem Hamburger Seeamt spielte kürzlich ein 45 Jahre altes deutsches Schiff eine traurige Rolle. Auf der anderen Seite präsidierte vor einigen Monaten ein englischer Reeder sein 40 Jahre altes Schiff, das seefest, noch bei jeder Reise seinen Ueberfluß bringe. Hier taucht eine neue Schwierigkeit auf. Man hat in der Seeschifffahrt nicht vernünftiger rationalisiert als in der Industrie. Die dadurch bedingten Aufwendungen sind vielfach nicht mehr herauszufahren, während die alten, unmoderneren Schiffe auf gewisse Routen und bei bestimmten Frachten billiger fahren und noch Gewinne erzielen. Es ist also sehr schwer, auf diesem Gebiet zu einem internationalen Uebereinkommen zu gelangen. Aber je schwerer es ist, alle Wünsche auf einen Nenner zu bringen, desto begrüßenswerter ist es, daß nunmehr zwei Länder den Anfang machen, die Frage aus dem Dunstkreis privater Interessen in die höhere Sphäre des allgemeinen nationalen und internationalen Interesses zu heben. Deutschland und die deutsche Seeschifffahrt können durch die Erörterung dieser Frage nur gewinnen.

Die Erörterung des dritten von Frankreich aufgestellten Punktes geht gegen die deutschen Schifffahrtsinteressen. Frankreich wünscht die „deutsche Förderung des Hafens von Le Havre“. Es handelt sich um das Anlaufen dieses Hafens durch die deutschen Passagierschiffe. Heute laufen sie Cherbourg an, das die besten Verbindungen nach Paris und London hat. Wenn der Passagier die Wahl hat zwischen zwei Schiffen, von denen das fremde Cherbourg, das deutsche Havre anlauft, dann wird er sich für das fremde Schiff entscheiden. So harmlos also auf den ersten Blick der Wunsch Frankreichs ist, so kompliziert ist die Möglichkeit der Erfüllung. Warum sich die französische Regierung für Havre gegen Cherbourg erklärt, ist vorläufig unverständlich, es ist aber eine Brückierung der Passagiere.

Das wären drei Beratungspunkte, die Frankreich aufgestellt hat. Es ist bedauerlich und könnte ein schiefes Licht auf den Verhandlungswillen Deutschlands werfen, daß unsere Regierung nicht auch einen Beratungspunkt vorschlägt. Wir wollen ihr gerne helfen einen solchen zu finden. Deutschland braucht notwendig eine „Vereinbarung über die Rheinschifffahrt“. Die Versailles-Friedensbedingungen haben nicht nur ihr Teil beigetragen zum Tonnageüberfluß in der Seeschifffahrt, sondern auch in der Binnenschifffahrt. Auf dem Rhein liegt eine Million Tonnen Schiffsraum still. Die Ablieferung der deutschen Binnenschiffe an Frankreich und Belgien zwang die deutschen Reeder zum Neubau. Dadurch entstand eine Uebertonnage, die die Rentabilität der Rheinschifffahrt stark beeinträchtigt. Die deutsche Rheinschifffahrt — soweit sie unter deutscher Flagge fährt — ist durch Steuern, Sozialbeiträge und Löhne am stärksten belastet. Bis zum Ruhrkampf galten für die Befahrung französischer Fahrzeuge wenigstens die deutschen Sozialgesetze und die deutschen Löhne. Die Regierung Cuno ließ es dann widerspruchslos zu, daß Frankreich sich von dieser Verpflichtung löste. Dadurch sind die deutschen Rheinschiffer zu etwa 25 Proz. höher belastet als die französischen. Noch stärker ist die Belastung der deutschen Schiffe gegen die holländischen und zum Teil auch gegen die schweizerischen Schiffe, wobei allerdings mildernd ins Gewicht fällt, daß deutsche Unternehmer die Nutznießer dieses Unterschiedes sind. In allem ist aber die Rheinschifffahrt in eine Lage geraten, die nach dem Rheingutachten nur durch Kartellierung zu tragen ist. Bei dem internationalen Charakter der Rheinschifffahrt ist es notwendig, zu einem internationalen Uebereinkommen zu gelangen. Wir verkennen die Schwierigkeiten keineswegs, aber sie sind nicht größer als die Aufgabe, die Frankreich der Kommission stellte mit der Beschränkung der Schiffneubauten. — Hier gilt, was wir oben sagten: die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland ist auch in der Rheinschifffahrt nur Stückwerk; sie ist aber in diesem Falle Vorbedingung eines internationalen Abkommens. C. C.



## Trotz aller Hehe...!

Die Gewerkschaften sind schon immer angefeindet worden. Selten aber dürfte der Ansturm der Gegner so stark gewesen sein wie in letzter Zeit. Manche rechtsradikalen Blätter berichten von den Gewerkschaften in einer Weise, die an Gehässigkeit und Niedertracht nicht mehr zu überbieten ist. Viele Werkzeitungen haben ihre neutrale Maske fallen lassen und erweisen sich ganz offen als Sprachorgane einer reaktionären Unternehmerpolitik. Aber damit nicht genug. Die westdeutschen Unternehmer haben sogar ein anonymes Bilderbuch in einer Auflageziffer von einer Viertelmillion verbreiten lassen, um durch große Lügen und demagogische Verdrehungen der Öffentlichkeit verständlich zu machen, daß in erster Linie die gewerkschaftliche Lohn- und Tarifpolitik schuld an dem heutigen Wirtschaftselend sei. Schon einige Wochen früher hätten sie einen Aufruf erlassen, der sich gegen kratische Kundgebung wandte. Diesen Aufruf hatte man vielen Arbeitern in die Wohnung geschickt und ihn außerdem als teures Inserat in verschiedenen Zeitungen, u. a. auch in den nationalsozialistischen Blättern veröffentlicht. Da dieser bezahlte Unternehmerruf von der Nazi-pressse ausdrücklich als richtige Erkenntnis bezeichnet wurde, so reihen sich damit die Hakenkreuzler offen in die Kampffront der Unternehmer ein. Die angeführten Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. Es genügt aber der Hinweis, daß sowohl die Unternehmer und ihre Organe, wie auch die rechtsradikalen Parteien einen besonders gehässigen Feldzug gegen die Gewerkschaften eröffnet haben. Im Mittelpunkt der gesamten Angriffe steht, wie betont, die Behauptung, die gewerkschaftliche Tarifpolitik hätte die Selbstkostenkrise und damit die Wirtschaftskatastrophe heraufbeschworen. — Neben den rechtsradikalen Gewerkschaftsfeinden stehen, wie üblich, die Gegner von links. Auch ihnen muß man den traurigen Ruhm lassen, daß sie in der Bekämpfung der Gewerkschaften sehr tüchtig sind. Sie unterscheiden sich von ihren rechtsradikalen Kampfgesossen nur dadurch, daß ihnen die gemeinsten Lügen und bodenlosesten Gemeinheiten als Kampfmittel dienen. Das Uebelste dabei ist, daß sich nun die Moskaujünger als radikale Verteidiger der tariflichen und sozialen Errungenschaften aufspielen. Das heißt, die gewerkschaftlichen Erfolge, die sie in den letzten Jahren als reformistischen Verrat bezeichneten und die vielfach gegen ihren Willen zustande gekommen sind (erinnert sei nur an die Arbeitslosenversicherung), gelten nun auf einmal als Kampfbjekte der kommunistischen Politik oder besser gesagt, der kommunistischen Agitation. Wenigstens wird jeder Rückschlag auf sozial- oder lohnpolitischen Gebiet auf das Schuldkonto der „verräterischen“ Gewerkschaftspolitik gebucht. Jetzt, wo die Arbeiterrechte bedroht sind, erkennen also die Kommunisten an, daß die Arbeiterchaft etwas zu verlieren hat. Die ganzen übrigen Jahre vertraten sie die gegenteilige These, indem sie behaupteten, die reformistischen Gewerkschaften hätten nichts erreicht.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß trotz der gemerischen Angriffe oder gerade wegen der widerspruchsvollen Anfeindung eine Vertrauenskrise der Gewerkschaften von diesen Seiten nicht zu befürchten ist. Gemessen an dem gewerkschaftlichen Mitgliederstand ist es bisher weder der einen noch der anderen Gruppe gelungen, eine Bresche in die Gewerkschaftsfront zu schlagen. Ist es deshalb nicht müßig, überhaupt von einer Vertrauensfrage zu sprechen? Keineswegs. Denn wenn auch die Gewerkschaften weder von außen noch von innen durch Maulwurfsarbeit zu erschüttern sind, so bedarf es doch aller Anstrengung, daß der zermalmende Druck der Wirtschaftskrise keine Mißverständnisse und Vorurteile aufkommen läßt, die unsere Front erschüttern könnten. Die Gefahr dazu ist groß. Nicht immer wird mit der genügenden Klarheit erkannt, daß es jetzt vor allem darauf ankommt, Schlimmeres zu verhüten. Der Sinn der gewerkschaftlichen Arbeit war immer, im Rahmen der gegebenen Wirtschafts- und Machtverhältnisse die Arbeiterinteressen in bestmöglicher Weise zu vertreten. Dieser Grundsatz gilt heute mehr denn je. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in der hinter uns

liegenden Zeit die Gewerkschaftsvertreter manchmal für Schiedssprüche stimmen mußten, die einen Lohnabbau vorsahen. In allen diesen Fällen handelt es sich nicht um eine freiwillige oder gar willkürliche Preisgabe von Arbeiterrechten, sondern einzig und allein darum, Schlimmeres zu verhüten. Sicherlich hätte es sehr im agitatorischen Interesse eines Verbandes gelegen, wenn seine Vertreter irgendwelchen verschlechterten Tarifen nicht zuzustimmen brauchten. Wenn die Organisationsvertreter die Verbandsinteressen trotzdem den wirtschaftlichen Arbeiterinteressen unterordneten, dann ist das sicherlich kein beschämendes Zeichen oder Anlaß zu Schmähungen und Verdächtigungen.

Mitunter wird auch die skeptische Meinung vertreten, die deutsche Arbeiterchaft hätte bis jetzt so viel Opfer bringen müssen, daß sie kaum noch etwas zu verlieren habe. Derartige Behauptungen sind, gelinde gesagt, grober Unsinn. Erinnert sei nur an den schwarzweißroten Volksentscheid in Preußen. Glaubt denn wirklich jemand, daß die Preußenstürmer von Dingeldey bis Hitler, unterstützt vom Unternehmertum, einen derartigen politischen Machtkampf entfesselt hätten, wenn nicht dahinter der Wille steckte, die Arbeiterchaft völlig zu entrechteten? Erinnert sei ferner an die maßlosen Unternehmerforderungen, deren wir trotz mancher Rückschläge immer noch wirksam begegnen konnten. Erinnert sei vor allem auch an den Kampf gegen die heutige kollektive Arbeitsverfassung, die man allzu gern beseitigen möchte, um, wie noch kürzlich ein Unternehmerorgan schrieb, einen rückwärtsgerichteten Kampf um den Arbeitsplatz zu entfesseln. Kurzum, der Kampf und die Ziele der Gewerkschaftsgegner zeigen auch hierbei, daß die organisierte Arbeiterchaft noch manches zu verteidigen hat. Aber es gilt nicht nur, Erreichtes zu verteidigen, sondern auch Neues zu erobern. Je mehr die wirtschaftliche Krise sich zuspitzt und die Arbeitslosennot wächst, um so dringlicher wird begreiflicherweise der Ruf nach radikaler Beseitigung der unerträglichen Zustände. Um so mehr finden auch die wortradikalen Phrasen der arbeiterfeindlichen Katastrophenpolitiker Anklang. Hier muß es unsere Aufgabe sein, für die nötige Aufklärung zu sorgen. Ein Generalrezept zur plötzlichen Ueberwindung der Wirtschaftskrise gibt es nicht. Denn angenommen, Hugenberg und Hitler kämen zur Macht. Die Frage ist dann die: Was könnten diese Herrschaften tun, wenn sie überhaupt etwas tun wollten? Sie könnten Hungerlöhne einführen, die Arbeitszeit verlängern und die Sozialversicherung beseitigen, um durch eine derart ermöglichte Schleuderkonkurrenz auf dem Weltmarkt größeren Absatz zu finden. Daß das kein Ausweg ist, weiß die Staaten und Arbeiter in anderen Ländern sich das nicht gefallen lassen, ist selbstverständlich. Oder glaubt jemand, daß diese Herrschaften den entgegengesetzten Weg einschlagen würden?

Gibt es deshalb überhaupt keinen Ausweg? Sind wir zum Schwarten und ruhigen Zuschauen verurteilt? Keineswegs. Denn wenn auch der letzte Gewerkschaftskongress kein Generalrezept zur kurzfristigen Ueberwindung der Krisennot erfinden konnte, so zeigte er doch eine Anzahl Wege, die zu einer fühlbaren Linderung der Not führen können. Und wenn dabei den Gewaltplänen und Katastrophenpolitikern von links und rechts eine Absage erteilt wurde, so bedeutet das nicht, daß die Gewerkschaften gewillt sind, mit den Arbeiterinteressen Schindluder treiben zu lassen. Im Gegenteil, sie werden nach wie vor im Rahmen des Möglichen und Erreichbaren um jede Position und um fortschrittliche Erleichterungen kämpfen. Dazu aber brauchen sie das Vertrauen und einen ungebrochenen Organisationswillen der Mitglieder. Darum denkt daran: Die Treue zum Verband, der Geist der Kameradschaft und Solidarität hat sich bisher stets als die beste Waffe gegen alle arbeiterfeindlichen Machenschaften und wirtschaftlichen Missetaten erwiesen. Haltet diese Waffe blank und scharf, trotz aller Hehe! J. C.

### 700000 Mann

Siebenhunderttausend Mann rücken an.

Hörst du die Schritte?

Nun, wohl an.

Heraus aus der Hütte,

Heraus aus dem Haus.

Im gleichen Schritt,

Schreite mit.

Siebenhunderttausend Mann steigen an

Die steile Höh.

Nun, wohl an.

Heraus aus der Tiefe,

Heraus aus der Fron,

Im gleichen Schritt,

Steige mit.

Siebenhunderttausend Mann greifen an

Den Unterdrückungsfeind.

Nun, wohl an.

Stell dich mit in die Reih'n,

Wer will Feigling sein?

Nun, wohl an.

Greif mit an.

Geber!

## Die Kleinbahnen. — Ihre Entwicklung, ihre Krise, ihre Reform

Die Eisenbahn kann im bildlichen Sinne tatsächlich als ein Sieges-„Zug“ der Technik angesehen werden. Sie war die Voraussetzung für die gewaltige wirtschaftliche und kulturelle Höherentwicklung im letzten Jahrhundert. Neue Bodenschätze konnten erschlossen, neue Industrien begründet, Städte und Dörfer verbunden, der Warenaustausch ungeheuer beschleunigt und der Blick des einzelnen durch den Reiseverkehr gewaltig ausgedehnt werden. Ohne Eisenbahn stände unsere kapitalistische Kulturwelt auf dem handwerklichen Niveau des 18. Jahrhunderts.

Allgemein unterscheidet man Hauptbahnen, Nebenbahnen, Sekundärbahnen, Certeilbahnen, Lokalbahnen, Straßenbahnen. Wir wollen die Hauptbahnen als **Dollbahnen**, die sonstigen Gruppen als **Kleinbahnen** bezeichnen. Erstere sind die großen Hauptadern im Verkehr. Sie befinden sich ausschließlich im Besitze der Reichsbahngesellschaft. Die Kleinbahnen bilden dagegen die feinen Verzweigungen im Verkehrskörper eines Landes. Dort wo die Hauptlinien die Welt zu begrenzen versuchen, dort durchschneiden die Kleinbahnen dies willkürliche Band und dringen so in weltfremdeste Gegend ein.

Die vielen Kleinbahnen haben große volkswirtschaftliche Bedeutung. Als in den Ländern das Dollbahnnetz im wesentlichen ausgebaut war, stellten sich für diejenigen Landesteile, die vom Dollbahnnetz nicht berührt wurden, und in denen infolge ihrer geringen Verkehrsbedeutung Dollbahnen wirtschaftlich nicht möglich waren, große Nachteile ein. Diese Nachteile hob die Kleinbahn wieder auf.

Um eine Kleinbahn ins Leben rufen zu können, bedarf es vor allem behördlicher Genehmigung. In Preußen werden alle diesbezüglichen öffentlichen Interessen durch das Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 geregelt. Die Genehmigungsbehörde, meist der Regierungspräsident, hat darüber zu wachen, daß die Bestimmungen des Kleinbahngesetzes seitens des Unternehmers erfüllt werden. 1898 erließ der preussische Innenminister noch besondere Ausführungsbestimmungen. Falls eine Kleinbahn eine besondere Bedeutung erlangt, ist dem Staate ihr Erwerb gegen Entschädigung vorbehalten. Der Verstaatlichung aller Bahnen steht also kein gesetzliches Hemmnis entgegen.

In der Zeit, als die Kleinbahnen entstanden, schätzte man ihre verkehrstechnische Bedeutung sehr gering ein. Schnell änderte sich aber das Bild und ehe es der Staat gedacht hatte, stürzte sich das Privatkapital auf diese günstige Profitmöglichkeit. Die meisten und gewinnbringendsten Kleinbahnlinien wurden zum Eigentum privatkapitalistischer Aktiengesellschaften, während die weniger ertragreichen Linien den Kommunalverbänden überlassen wurden. Allerdings haben sich manche der privatkapitalistischen Bahnen eine Beteiligung der öffentlichen Hand gefallen lassen müssen. Baufelder in der Entstehungszeit und technischer Fortschritt zwangen zur Erhöhung des Baukapitals. Geringe Erträge lockten aber kein Privatkapital mehr an, so daß öffentliche Hilfe notwendig wurde. Die Kreise und Provinzen gaben Darlehen, Grund und Boden. Seit 1895 gewährte der preussische Staat fortlaufend Mittel zur Förderung der Kleinbahnen.

Die Tendenz des Kapitals, durch Konzentration immer größere Formen anzunehmen, hat auch im privatkapitalistischen Kleinbahnwesen zu Riesenformen geführt. Die größte Zusammenballung stellt hier wohl die A.-G. für Verkehrswesen dar. Mehr als eine viertel Milliarde Mark Kapital ist in ihr konzentriert. Es gibt heute kaum eine Stadt oder ein größeres Gebiet in Deutschland, die nicht geschäftlich mit diesem Verkehrskonzern verbunden sind. Mit 50 Millionen Mark Aktien beherrscht die A.-G. f. DV. ihre Bahnkonzernpartner, die 8 370 000 Mk. Aktienkapital haben. Diese Tochtergesellschaften beherrschen Kleinbahnen im Werte von 180 Millionen Mark! Die drei Baugesellschaften bilden in sich wieder je einen Konzern und besitzen zusammen 27 250 000 Mk. Die Verschachtelung dieses Monstrums ist in erster Linie von den deutschen Großbanken betrieben worden.

Seit ihrer Gründung 1926 hatte die Gesellschaft immer 11 Proz. Dividende verteilt. Ein Zeichen also, daß scheinbar die einzelnen Bahnen gesund waren und auch die Baugesellschaften gute Gewinne machten. Plötzlich kam 1929 ein Rückschlag. Es stellte sich heraus, daß bei den finanzkapitalistischen Transaktionen große Verlustgeschäfte gemacht worden waren. Bilanzen einzelner Gesellschaften waren zu günstig frisiert worden, so daß die „Verkehrswesen“ die Aktien zu einem viel zu hohen Kurse bezahlte. Mehrere Millionen

Mark gingen so spurlos verloren. Um nicht zur Verantwortung gezogen werden zu können, schieden die beteiligten Finanzkapitalisten schnell aus dem Aufsichtsrat. Gleichzeitig wurde die Parole vermehrter Sparsamkeit in sämtlichen Betrieben dieses riesenhaften Verkehrs- und Baukonzerns ausgegeben. Für das Unheil der Finanzkapitalisten mußten Arbeiter und Angestellte mit Abbau und Lohnkürzungen bluten.

Wenn die Kommunalbahnen auch von einer derartigen Mißwirtschaft im allgemeinen verschont geblieben sind, so hatten sie doch keinen leichten Stand. Besonders die Straßenbahnen werden von den Städten in steigendem Maße zur Etatsdeckung herangezogen, was leider die Tarife ungünstig beeinflusst.

Der gegenwärtige gewaltige Konjunkturrückgang hat natürlich auch die Kleinbahnen gewaltig geschädigt. Aber ein noch größerer Feind scheint im Kraftwagen entstanden zu sein. In verhältnismäßig kurzer Zeit hat sich das Auto zu einem Massenbeförderungsmittel entwickelt, das in bezug auf Sicherheit, Bequemlichkeit und teils auch Wirtschaftlichkeit den Kleinbahnen nicht nachsteht. In Berlin wurden 1929 13 Proz. aller Fahrgäste im Omnibus befördert. Die Reichspost besaß 1931 4100 moderne Omnibusse, teilweise Dreifacher mit je rund 50 Sitzplätzen. Die sonstigen öffentlichen und privaten Kraftverkehrsgesellschaften besaßen schon 1926 750 Omnibusse, die 32 Millionen Personen beförderten. Bei einem statistischen Vergleich mit der Reichspost ergab sich, daß diese anderen Autobusgesellschaften die ertragreichsten Linien besaßen. Die Postbehörde trug also das Risiko der schwächeren Linien. Im Interesse eines gesunden Ausgleichs ist hier ein restloses Monopol der öffentlichen Hand erforderlich. Oder sollen die Steuerzahler die Kosten der schwachen Linien tragen, damit Privatunternehmer auf günstigen Strecken große Gewinne machen können?

Der Kraftwagenverkehr macht nun besonders auf kurzen Strecken der Eisenbahn erheblichen Wettbewerb. Besonders hart werden hierdurch die Kleinbahnen getroffen. Die Kreise, vielfach Besitzer solcher Bahnen, empfinden es als besonders hart. Nichts liegt näher als daß sie versuchen, den ihr Gebiet noch besser abschließenden Kraftwagenverkehr unter eigene Leitung zu nehmen. Aber auch hier Gemeinnützigkeit durch **Kommunalisierung!**

Der Aufruf des Handelsministers zur Sammlung und Einigung der am Verkehr beteiligten Gesellschaften hat 1929 die ersten Erfolge gezeitigt. Um das gegenseitige Verkehrsverhältnis etwas zu regeln, fanden Verhandlungen zwischen Reichsbahn und Reichspost, zwischen Reichspost und dem im Verband der Verkehrsverwaltungen zusammengeschlossenen Kleinbahnen sowie aller in der Kraftverkehr Deutschland G. m. b. H. vereinigten Autobusgesellschaften statt. Leider schlug die Reichsbahn in einer Denkschrift eine Lösung vor, die zum Ruin vieler Kleinbahnen und Gemeinden führen würde. Demgemäß soll die wirtschaftliche Ausgestaltung des Fernverkehrs der Reichsbahn überlassen werden. Als Gegenleistung soll der Nahverkehr dem Kraftwagen gehören.

Die Kleinbahnen werden sich also nur durch Selbsthilfe retten können. Durch bessere Technik muß eine Modernisierung eintreten. Hier scheint der neue Schienenomnibus die beste Zukunftslösung zu sein. Unter behördlicher Aufsicht angestellte Fahrversuche haben praktische Verwendbarkeit und Wirtschaftlichkeit bestätigt. In dieser Erkenntnis hat die Kleinbahn Grifste-Gudenstberg bei Kassel, an welcher der preussische Staat beteiligt ist, als erste ihren Personenverkehr auf den Schienenomnibus umgestellt.

Diese aus Konkurrenzgründen erfolgende Umstellung erfordert natürlich viel Neukapital, so daß die Umstellung Jahre dauern wird. Wenn aber das in den Bahnanlagen investierte Kapital nicht verlorengehen soll, ist diese Modernisierung unabwendbar.

Das Ziel aller Verkehrspolitik muß sein, die Verkehrsbedürfnisse mit dem besten Fahrzeug und geringstem Aufwand zum höchsten Nutzen der Allgemeinheit zu befriedigen. Diese richtige Abgrenzung der verschiedensten Fahrzeugarten auf ihr wirtschaftlichstes Gebiet kann nur durch **Planwirtschaft**, durch Beseitigung allen Privateigentums an den Verkehrsmitteln erfolgen. Nur wenn Privatinteressen ausgeschaltet sind und die Kleinbahnen mit Autobus und Reichsbahn eine Einheit bilden, kann der Verkehr gut und billig werden. Den freigewerkschaftlichen Kampf, der eine solche gemeinnützige Einheitlichkeit herbeiführen will, gibt es darum restlos zu unterstützen. Sch.



# FORTBILDUNG UNSERER FUNKTIONÄRE

## Das Wettrennen in der Weltwirtschaft

Wer über die wirtschafts- und handelspolitischen Vorgänge in der Welt unterrichtet ist, weiß, daß wir in einer Periode des handelspolitischen Wettrennens leben. Der Wirtschaftsnationalismus feiert seine Triumphe. Die Zollmauern, die sich wie Festungsgürtel um die einzelnen Volkswirtschaften legen, werden beständig erhöht. Eine Reihe von Staaten richtet sich planmäßig auf wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbstversorgung ein und sucht mit allen möglichen Mitteln die Zufuhr ausländischer Waren zu verhindern. Mit größerer oder geringerer Entschiedenheit werden die Grenzen gesperrt für Waren sowohl als auch für arbeitssuchende Menschen und zuweilen macht es den Eindruck, als bereite man sich für Kriegzeiten vor. Die Staaten rüsten ihre Volkswirtschaften auf. Alle Bemühungen des Völkerbundes, diese Entwicklung aufzuhalten, sind bis jetzt gescheitert. Die Bestrebungen auf wirtschaftliche Abrüstung blieben ebenso erfolglos wie die Bemühungen um militärische Abrüstung. Auf der Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1927 wurde festgestellt, daß die Zeit gekommen sei, der Erhöhung der Zolltarife ein Ende zu machen und die entgegengekehrte Richtung einzuschlagen. Aber dieser Ermahnung sind keine Taten gefolgt. Das Abkommen über die Beseitigung der Ein- und Ausfuhrverbote, das das einzige sichtbare und greifbare Ergebnis der Konferenz darstellte, ist schließlich nach fast dreijährigem Hin und Her am Widerstande Polens gescheitert. Im März 1930 wurde von der englischen Arbeiterregierung und der damaligen deutschen Regierung Müller von neuem Initiative entfaltet, die auf das Zustandekommen eines Zollwaffenstillstandes gerichtet war. Durch das Abkommen sollte dreierlei erreicht werden: Die Stabilisierung der Handelsverträge, die Verhinderung weiterer Zollaufhebung der Schutzländer und die Aufrechterhaltung des Freihandels durch England und Holland. Als im März dieses Jahres die Inkraftsetzung beschlossen werden sollte, erklärte der englische Vertreter, daß sein Land an dem Abkommen inzwischen desinteressiert sei. So endete auch diese Konvention mit einem völligen Mißerfolg. Man muß daher unumwunden feststellen, daß in der Frage der Zollaufhebung bis jetzt praktisch so gut wie nichts erreicht ist. Daß gerade England, das traditionelle Freihandelsland, das Fehlschlagen der Bestrebungen auf Abbau der Handelshemmnisse in entscheidendem Maße mitverschuldet hat, gibt der Tatsache eine besondere Note.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse in England so entwickelt, daß an der offenen Abkehr vom Freihandelsprinzip nicht mehr zu zweifeln ist. Der Ausgang der Wahl hat die Alternative „Freihandel oder Schutzzoll“ zugunsten des Schutzzolls entschieden. Der Wirtschaftsnationalismus hat einen überwältigenden Sieg errufen und die Regierung wird auf Grund dieses Ergebnisses der konservativen Forderung auf Einführung eines allgemeinen Zolltarifes Folge leisten. England tritt damit in eine Epoche des Schutzzollens ein, ein Vorgang, der von größter, folgenreichster internationaler Bedeutung ist. Die Auswirkungen dieses Umschwunges der englischen Handelspolitik sind nicht abzusehen. Andere Länder werden zu Gegenmaßnahmen schreiten, der Geist der wirtschaftlichen Aufrüstung, der die weltwirtschaftliche Atmosphäre vergiftet, wird neue Nahrung erhalten und die Krise der internationalen Handelsbeziehungen weiter zuspitzen. Das Wettrennen wird fortgesetzt. Die Chancen der wirtschaftlichen Abrüstung sind wieder um ein bedeutendes vermindert. Jeder begründet sein Dorgehen mit dem Rüstungsstand des andern und die Argumentation bewegt sich im Kreise.

Das krassste Beispiel eines rücksichtslosen Zollprotektionismus bieten die Vereinigten Staaten von Amerika. Der amerikanische Tarif hat eine alte Tradition. Er wurde ursprünglich eingeführt zum Schutze gewisser unreifer Schlüsselindustrien, die inzwischen hinter den Zollmauern längst stark und reich geworden sind. Trotzdem wurde der Tarif in den Jahren nach dem Kriege beständig erhöht, zum letzten Male im Jahre 1930. Das Tarifgesetz, das in diesem Jahre angenommen wurde, brachte zum Teil eine Erhöhung

der früheren Sätze um das Zwei- bis Dreifache. Die Zollbelastung wird auf 46 bis 49 Proz. des Wertes der zollpflichtigen Einfuhr geschätzt. Die Höhe der Sätze ist bei einzelnen Positionen derart, daß sie geradezu als Einfuhrverbot wirkt. Ergänzt wird dieser Warenprotektionismus durch einen Menschenprotektionismus in Gestalt von Einwanderungsbeschränkungen, die in letzter Zeit eine solche Verschärfung erfahren haben, daß der Zustrom neuer Einwanderer nach den Vereinigten Staaten fast völlig unterbunden ist. Dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgten inzwischen auch die anderen amerikanischen Länder. Fast gleichzeitig haben zu Beginn dieses Jahres die beiden wichtigsten südamerikanischen Staaten, Argentinien und Brasilien, Bestimmungen zur Erschwerung der Einwanderung erlassen. Praktisch stehen wir infolgedessen heute vor der Tatsache, daß fast der gesamte amerikanische Kontinent von

Kanada bis Feuerland für europäische Einwanderung so gut wie gesperrt ist. Nicht anders liegen die Verhältnisse in Australien. Überall wurden die Tore geschlossen für Waren sowohl als auch für Menschen. In rascher Aufeinanderfolge haben im letzten Jahre Kanada, Australien und Chile ihre Zölle um das Vielfache der früheren Sätze erhöht. Australien hat zu Maßnahmen gegriffen, die dem völligen Einfuhrverbot fast aller nicht unbedingt zum Lebensbedarf notwendigen Artikel gleichkommen. Vielfach haben die Absperrungsmaßnahmen der amerikanischen Staaten den Charakter von Gegenmaßnahmen gegen Zoll-erhöhungen in Europa. So ist es in Argentinien übel vermerkt worden, als Deutschland die Einfuhr von argentinischem Gefrierfleisch unmöglich gemacht hat. Das staatliche argentinische Fleischkontrollamt hat vor einiger Zeit eine Denkschrift veröffentlicht, in der Gegenmaßnahmen gegen die deutsche Fertigwareneinfuhr gefordert werden in Gestalt eines 50-prozentigen Zollzuschlages auf alle deutschen Waren. — Wie sehr gerade die deutsche Hochschutzzöllnerische Agrarpolitik zu den heutigen handelspolitischen Mißständen mit beigetragen hat, ist oft erörtert worden. Diese Agrarpolitik ist gekennzeichnet durch den Willen, die land-

wirtschaftliche Selbstversorgung Deutschlands mit allen Mitteln herbeizuführen. Der Kampf gegen die Auslandsware wird dabei mit Schutzzöllen von hohem Ausmaße und inneren Zwangsmaßnahmen der verschiedensten Art geführt. Das ungewöhnliche Ausmaße des deutschen Protektionismus wird am besten durch die Tatsache charakterisiert, daß der Ertrag der Zölle im letzten Jahre um 93 Millionen höher war als im Vorjahre. Der Gesamtzollertrag betrug im Jahre 1930 23 Proz. des Wertes der verzollten Waren, gegenüber nur 17 Proz. im Jahre 1929. Die Zunahme der Zolleinnahmen in einem Jahre, in dem die Wareneinfuhr um 3 Milliarden zurückging, ist bezeichnend für die deutsche Zollpolitik der letzten Zeit. Neben den Schutzzöllen kommen übrigens auch schärfere handelspolitische Waffen zur Anwendung. Es ist bekannt, daß die deutsche Buttereinfuhr kontingentiert wurde, und zwar durch ein Zusatzabkommen mit Finnland, das sehr unerfreuliche Rückwirkungen im Gefolge hatte. Durch die Kontingentierung ist die Möglichkeit besonderer Erschwerungen der Einfuhr außerhalb des Kontingents erreicht. Nur mit Mühe gelang es, eine Boykottbewegung der holländischen Landwirte gegen deutsche Industriewaren niederzuschlagen. Auch die Waffe des Einfuhrmonopols ist vom deutschen Landwirtschaftsministerium zu protektionistischen Zwecken in Anwendung gebracht worden. Zur Förderung des Roggenabfahes wurde ein Waiseinfuhrmonopol zwecks Beschränkung der Waiseinfuhr eingerichtet. Die Folge der agrarischen Absperrungspolitik war eine allgemeine Verstimmung des betroffenen Auslandes. Polen hat als Antwort auf die deutschen Agrarzollerhöhungen seine Industriezölle scharf heraufgesetzt. Die Sozialdemokratie hat der offiziellen Zollpolitik stets den stärksten Widerstand entgegengekehrt. Ihr ist es vor allem zu danken, wenn die zahlreichen Schutzzollforderungen der Industrie unerfüllt blieben. Immerhin sind auch auf diesem Gebiete in letzter Zeit erhebliche Aufrüstungen vorgenommen worden, wenn man an die Treibstoff- und Stickstoffzölle denkt.

Inzwischen entwickelt sich auch der französische Protektionismus in einem Ausmaße und in Formen, die sehr bedenklich

### Wer hat . . .

Wer hat die schönsten Schächsen  
Und klassische Musik?  
Wer schläft das tiefste Schläfchen?  
Eine gewisse, eine gewisse, eine  
gewisse Republik.

Wer sieht ein lässlich Morden  
Und findet keinen Rat?  
Wer duldet Landsinechthorden  
Als rüben Staat im Staat?

Wer quirtelt mit milden Händchen  
Im Lobf der Politik?  
Wem mangelt dies Talentchen?  
Einer gewissen, einer gewissen,  
einer gewissen Republik.

Sie hat ein reines Wollen  
Und einen sanften Sinn.  
Bevor noch Köpfe rollen,  
Streckt sie schon ihren Hin.

Wer schläft das tiefste Schläfchen  
Trotz Militärmusik?  
Wer hat die schönsten Schächsen?  
Eine gewisse, eine gewisse, eine  
gewisse Republik.

Alfred Kerr

stimmen müssen. Nicht nur daß diese Handels- und Wirtschaftspolitik die Freiheit des Handelsverkehrs in bisher nicht gekanntem Umfang beschränkt, ihr ist auch deutlich anzumerken, daß sie nicht nur wirtschaftlichen Interessen, sondern dem Aufbau einer Rüstungsindustrie dient. Durch ein Dekret vom 8. Mai d. J. wurde die Einfuhr von Stickstoffprodukten von der Erteilung von Einfuhrbewilligungen der Zollbehörde abhängig gemacht. Als Abwehrmaßnahme gegen die starke ausländische Kohleneinfuhr ist ebenfalls der Lizenzzwang in Aussicht genommen. Vor drei Jahren war in Frankreich Petroleum Gegenstand einer ähnlichen Regelung, als man mittels Einfuhrkontingentierung eine nationale Raffinadeindustrie hochzuzüchten suchte. Auch die französische Agrarpolitik geht stets entschieden protektionistische Wege. Der Getreidezoll ist beträchtlich erhöht worden, während gleichzeitig den Mühlen verboten wurde, mehr als einen bestimmten Prozentsatz ausländischen Getreides beizusetzen. Die letzten protektionistischen Maßnahmen Frankreichs, durch die Deutschland stark betroffen wurde, waren die Einfuhrbewilligungszwänge für Wein und Holz.

Das gleiche Bild, wenn wir unseren Blick nach Italien oder Spanien oder nach den östlichen und südöstlichen Randstaaten Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien wenden. Überall ist man daran, die Länder einzuzäunen und diese Einzäunung der Welt wird höher und höher. Zollmauern, Einfuhrkontingente, Einfuhrmonopole sind aber nur ein Teil jener Festungswerke, durch die sich die Staaten gegenseitig abschließen. Die wirtschaftspolitische Technik kennt zahlreiche andere Waffen, die noch wirksamer die eigene Wirtschaft bevorzugen und das Ausland benachteiligen. Hier ist vor allem der sogenannte Verwaltungprotektionismus zu erwähnen, bei dem die Kampfmittel auf dem Wege der Verwaltung in Kraft gesetzt werden. Die Methoden dieses Verwaltungprotektionismus sind unbegrenzt:

Steuern, Eisenbahntarife, Paßwesen, Nebengebühren, Schikanen aller Art oder die neuerdings sehr aktuell gewordenen Devisenvorschriften. Hierher gehören auch die sehr gebräuchlichen Verwendungszwänge (angewandt in Deutschland, Frankreich, Norwegen, Brasilien), etwa der Verwendungszwang von einheimischem Weizen, Roggen, Fett, Kohle usw. Durch diese Methoden wird die handelspolitische Abschließung gegen das Ausland vervollständigt und wirksam unterstützt. Nimmt man weiter die Tatsache hinzu, daß heute kein einziges Land völlig frei von Subventionen sein dürfte, daß hochprotektionistische Länder geradezu eine Hochflut von Subventionen erreicht haben, so erkennt man, in welcher unmittelbaren Nähe die Gefahr einer völligen Zerstörung des internationalen Warenaustausches gerückt ist. Im Grunde sind diese Zustände freilich nichts anderes als ein verhängnisvolles Erbstück des Weltkrieges. Die Sperrung der Grenzen während dieser Zeit hat der Ueberzeugung, daß der freie Wettbewerb der Nationen untereinander der naturgegebene Zustand der Wirtschaft sei, in hohem Grade Abbruch getan. Im Weltkrieg haben wir die geistigen, aber auch die politischen Wurzeln der wirtschaftlichen Aufrüstungsbewegung zu suchen, die die Weltwirtschaft in ein Chaos verwandelt, wenn es nicht gelingt, den Gedanken der internationalen Wirtschaftsverständigung wieder zur Geltung zu bringen. Das Problem, das zu lösen ist, ist ein politisches: Erst wenn es gelingt, die politischen Spannungen in den internationalen Beziehungen und die politische Vertrauenskrise zu bereinigen, werden die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Abrüstung geschaffen sein. Hier liegt der Angriffspunkt und Ausgangspunkt für alle Bestrebungen, die die Zollabrüstung und die wirtschaftliche Verständigung erreichen wollen. Alle Bemühungen, die den politischen Inhalt des Problems ignorieren, sind von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt, was die verschiedenen Wirtschaftskonferenzen zur Genüge bewiesen haben. —h—

## Friseure kommen zum Gesamt-Verband

Die im Jahre 1889 ins Leben gerufene Organisation der Friseurgehilfen, der Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargerwerbes, tritt mit dem 1. Januar 1932 zum Gesamt-Verband über. Dieser kleine Verband hat während der 42 Jahre seines Bestehens den Kost- und Logiszwang bei den Meistern und die Sonntagsarbeit beseitigt, er hat die lange Arbeitszeit an Wochentagen verkürzt, kurzum die ganzen rückständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen gründlich verbessert und tariflich geregelt. Allein die Berufsverhältnisse bringen es mit sich, daß die Gehilfen nicht dauernd in ihrem Berufe als Arbeiter bleiben können, sondern vor die Entscheidung gestellt werden, sich entweder selbständig zu machen oder den Beruf an den Nagel zu hängen. Bei der durch die Lehrlingszucht hervorgehenden Ueberfüllung des Berufs ist die verhältnismäßig leichte Möglichkeit des Selbständigwerdens keine Lösung, denn sie bietet keine Garantie für das Selbständigbleiben. Sonst brauchten die über 2000 arbeitslosen Gehilfen und 800 Gehilfinnen in Berlin z. B. sich ja nur „selbständig“ zu machen, um aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen.

Der Verband verlor unter diesen Umständen immer wieder den größten Teil seiner Mitglieder, mußte seinen Mitgliederstand fortgesetzt erneuern und konnte es trotz aller Anstrengungen nicht weit über 4000 Mitglieder bringen. Er umfaßt auch die Gehilfinnen und außerdem über 1000 Lehrlinge. An kleineren Orten ist durchweg mit jugendlichen Gehilfen zu rechnen, die für ihre Organisation bisher keinen festen Stützpunkt fanden. Abgesehen von der Entwicklung auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Konzentration, der sich auch die Organisation der Friseurgehilfen auf die Dauer nicht entziehen konnte und wollte, war dies der Hauptgrund, der zu dem Entschluß führte, sich dem Gesamt-Verband anzuschließen.

Die organisierten Friseurgehilfen wissen sehr wohl, daß ihnen auch der Gesamt-Verband ihre Organisationsarbeit nicht abnehmen kann. Aber sie hoffen, in dem Gesamt-Verband die nötige Unterstützung an den einzelnen Orten, ja selbst in einzelnen Betrieben wie den Warenhäusern und Badeanstalten zu finden, so daß ihre Tätigkeit sich künftig erprießlicher gestaltet. Mit seltener Einmütigkeit haben sie durch Urabstimmung dem Antrage der Verbandsinstanzen zugestimmt, den Anschluß an den Gesamt-Verband zu vollziehen. Der Friseurgehilfen-Verband hatte am 1. Oktober 1931 eine Mitgliederzahl von 3699, dazu kommen 994 organisierte Lehrlinge. An der Urabstimmung beteiligten sich 1491. Davon stimmten 95 Proz. = 1416 für den Anschluß, 61 dagegen, 14 Stimmen waren ungültig. Die Kollegen fanden im Gesamt-Verband Verständnis für ihre besonderen Ver-

hältnisse und weitmöglichstes Entgegenkommen, so daß ihnen auch als Reichsfachgruppe des Gesamt-Verbandes ihre Einrichtungen zur notwendigen sachlichen Weiterbildung erhalten bleiben und sie die Verbindung mit ihren ausländischen Kollegen in der „Internationalen Friseurgehilfen-Union“ aufrechterhalten können.

Die Organisation der Friseure geht nicht unter, indem sie im Gesamt-Verband aufgeht, sie wird im Gesamt-Verband größer und stärker werden. Der Gesamt-Verband bekommt mit den Friseurgehilfen zwar keinen an Zahl bedeutsamen Zuwachs, aber doch eine freigewerkschaftliche fest überzeugte und gut geschulte Truppe.

Wir heißen daher die Friseurgehilfen, Friseuren und Lehrlinge in unseren Reihen herzlich willkommen. Sie marschieren mit uns und für uns, wie wir mit ihnen und für sie den gewerkschaftlichen Kampf weiterführen.

## Reichsbahn-Schiedspruch verbindlich

Am 27. Oktober fällte der im Lohnstreit der Reichsbahnarbeiter ernannte Schlichter Joeten einen Schiedspruch, wonach die Schlichtungsverhandlungen erst nach Erledigung des Lohnstreites der Reichs- und Reichspostarbeiter eine Fortsetzung erfahren sollten. Nachdem die Lohnverhandlungen für die Reichs- und Reichspostarbeiter erledigt waren, wurden neue Verhandlungen in diesem Lohnstreit angelegt. Nach lang andauernden Verhandlungen fällte die Schlichterkammer am 11. November folgenden Schiedspruch:

I. Die §§ 4 und 5 des Lohn tariffs in der Fassung vom 1. April 1931 werden mit Wirkung vom 8. November 1931 ohne zeitliche Unterbrechung wieder in Kraft gesetzt, jedoch mit folgender Maßgabe:

1. Die Stunden-Grundlöhne des 24jährigen Arbeiters der Ortsklasse A ermäßigen sich in den Lohngruppen 1 bis 7 um 4½ Proz., die anderen Sätze kürzen sich dementsprechend nach der bisherigen Schlüsselung.

2. Soweit die Parteien nicht binnen 10 Tagen nach endgültiger Erledigung des Schlichtungsverfahrens über die Errechnung der einzelnen Sätze einig werden, wird der Reststreit im Wege des Schlichtungsverfahrens erledigt.

II. Laufzeit mit einmonatiger Kündigung bis 31. März 1932.

III. Erklärungsfrist Sonnabend, den 14. November 1931, 12 Uhr.

(gez.): Joeten.

Die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften lehnten den Schiedspruch ab. Die Reichsbahn-Gesellschaft beantragte daraufhin die Verbindlichkeit. Wie zu erwarten war, wurde die Verbindlichkeit des Schiedspruchs bereits am 16. November ausgesprochen.



## STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

### Unternehmer sind arbeitslos!

Ueber obiges Thema sprach am 12. November Fritz Heller, Leipzig, im Rundfunk. Da ich als Erwerbsloser mich für den Erwerbslosenfunk ganz besonders interessiere, habe ich diesem Vortrage im besonderen meine Aufmerksamkeit gewidmet. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß dieses Thema vom Referenten nur zum Teil erörtert worden ist. Warum? Fritz Heller führt an: „Daß infolge der Wirtschaftskrise unzählige kleine und mittlere Unternehmer Konkurs gemacht haben, ihr Kapital verlorengegangen ist, ja Tausende von ihnen vor einem reinen Nichts stehen. Ferner, daß aus den Akten der Fürsorgeempfänger klar hervorgeht, daß ein nicht zu unterschätzender Teil solcher Unternehmer heute Unterstützung bezieht, also erwerbslos ist.“ In seinem Schlußworte sagte er: „Es wird nicht umgangen werden können, daß sich die führenden Stellen mit dieser Frage ganz besonders in diesem Winter 1931/32 zu beschäftigen haben werden bzw. müssen.“

Kollegen! Was heißt das? Das Unternehmertum, also der Mittelstand, gibt durch die Rede des Herrn Heller zu, daß das jetzt herrschende System nicht das richtige ist. Ich habe aber kein Wort davon gehört über die Ursache der Weltwirtschaftskrise. Diese Unternehmer behaupten zum größten Teil, die Sozialdemokratie wäre schuld an ihrem Unglück. Tatsache ist aber, daß die erwerbslosen Unternehmer und diejenigen, deren Betriebe nur noch an einem Faden hängen, sich politisch zu 90 Proz. den Nationalsozialisten oder ähnlichen Parteien anhängen und dabei gar nicht merken, daß sie sich damit ihr Grab selbst graben. Die kleinen Unternehmer leben in der Hauptsache vom Konsum der Arbeiter. Wenn die Masse der Arbeiter in den Geschäften nichts mehr kauft, so ist es bald aus mit der Herrlichkeit der Klein-Unternehmer. Die Masse Arbeitsloser ist nur in der Lage, den allernotwendigsten Bedarf an Gütern zu decken und den kaum noch. Trotzdem aber müßten doch die Unternehmer bestehen können, wenn sie behaupten, nicht vom Proletariat abzuhängen. Dem ist aber nicht so. Beweis: Zahlungsbefehle, Konkurse, Liquidationen in Unmenge. In den Tarifverhandlungen sind die Unternehmer jederzeit für Lohnsenkung eingetreten, haben es auch durchgesetzt. Die Folge: der lohngedrückte noch arbeitende Werk tätige kauft dementsprechend weniger. Warum halten nun diese arbeitslosen Unternehmer zum Nationalsozialismus (übrigens auch die meisten kaufmännischen Angestellten und Erwerbslose in ehemals leitenden Positionen)? Weil Hitler für das Dritte Reich eine Ständeregierung verspricht. Das ist für die Unternehmer Wasser auf die Mühle, denn sie sagen sich, durch die Vertretung der einzelnen Stände ist für sie wieder die gute, alte Zeit ins Leben gerufen. Weiter, der erwerbslose Angestellte, der ja von diesen Leuten gewissermaßen abhängig ist, ist heute S.-A.-Mann eben aus demselben Grunde, denn er jagt sich, sind erst einmal die Unternehmer wieder in der Lage, Personal zu beschäftigen, dann ist eben auch für ihn wieder Brot gebakken. Sie vergessen aber dabei, daß das alles nur Illusionen sind. In Wirklichkeit ist es so, daß heute in allen Berufszweigen und in allen Ländern Konjunkturrückgang zu verzeichnen ist. Selbst wenn heute die Unternehmer in der Lage wären, wieder Leute zu beschäftigen, so soll man ja nicht glauben, daß damit allen Erwerbslosen geholfen wäre. Denn der Unternehmer würde durch Anschaffung von Maschinen usw. von vornherein seinen Personalstand aufs schärfste begrenzen, und zum andern ist Hitler gar nicht in der Lage, die Konjunktur diktieren zu können. Deshalb gibt es nur zwei Möglichkeiten, den arbeitslosen Unternehmern und auch den anderen Geschäftsleuten zu helfen. Entweder ist man so vernünftig in diesen Kreisen, die Forderungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu unterstützen, denn gewinnen beide die Macht, so sind sie auch in der Lage, ihre Forderungen durchzubrüden. Mit anderen Worten: Hohe Löhne und dadurch Stärkung der Kaufkraft haben zur Folge mehr Bedarf und mehr Arbeit. Die zweite Möglichkeit: es erfolgt ein überall gleichmäßig einsetzender Preisabbau, der schon längst viel intensiver hätte zutage treten müssen, weil ja Umengen von Waren der Käufer harren. Aber die Kapitalisten haben Heidenangst um ihren Mammon. Lieber können sich Tausende aus Not und Verzweiflung das Leben nehmen, ehe sie auch nur auf einen Pfennig Profit verzichten. Darum darf kein Kollege die Unternehmer unterstützen! Kauft vielmehr eure Bedarfsgüter im Konsumverein oder nur bei den Geschäftsleuten, die für unsere Ideale eintreten.

Curt Forckert, Dresden.

### Nachklänge zum Totensonntag

Totensonntag! Ein Tag ohne rauschende Feste, ein Tag ohne Tanz und Spiel ging an uns vorüber. Ein Tag der Trauer und des stillen Gedenkens! Die Friedhöfe und Gedächtnisstätten wurden zum Wallfahrtsort, wo man in ernsten Gedanken am Grabe der Verstorbenen Einkehr hielt, wo man in Ehrfurcht derer gedachte, die fern in fremder Erde als Opfer des blutigen Völkerringens ihre letzte Ruhestätte fanden.

Wir als Republikaner und Sozialisten trauerten in dieser Stunde um die Volksgenossen, die ihr Leben der neuen Staatsform opferten. Wir gedachten unserer Väter und Brüder, die in ehrlicher Begeisterung den Putschgelüsten entgegentraten und ihr hoffnungsvolles Leben im Straßenkampfe auf das Spiel setzten. Wir gedachten auch der Führer der neuen Zeit, die von Mörderhand meuchlings niedergestreckt wurden und derer, die in aufopfernder Arbeit für die Republik ihre Gesundheit einsetzten und allzusehr unseren Reihen entzogen wurden. Nicht nur in stiller Trauer und beschaulicher Einkehr hielten wir unsere Totenfeiern und Gedächtnisstunden, aber nicht nur an einem Tage im Jahre wiederholen wir unser Gebüde, sondern in wacher, lebendiger, eherner Form stehen wir zu jeder Stunde im Geiste an den Grabstätten derer, die ihr Leben der deutschen Republik opferten und bekennen zum wiederholten Male, daß wir im Sinne unserer Toten weiterkämpfen, auf daß die neue Staatsform und die Verfassung von Weimar erhalten bleibe und auch ausgebaut werde.

Wenn auch zur Stunde allenthalben putschlüsterndes Verräterpack die Pfeiler der Republik zu erschüttern sucht, so werden wir feststehen wie ein Mann, wie ein eherner Fels in der Brandung. Unsere Geisteswaffen sind in 15 Jahren erbitterter Kampfbereitschaft erprobt; aber auch unsere Fäuste sind erstarkt, wir sind stets bereit, der faschistischen Gefahr entgegenzutreten, unser Kampfgeist wird nie ermüden. In unseren Reihen darf es keine Alters- und Standesunterschiede geben, wir stehen zusammen, ganz gleich, ob alt, ob jung, ob wir Hand- oder Geistesarbeit verrichten, wir sind Arbeiter und dienen der Arbeiterbewegung.

Die deutsche Republik steht mitten in einem schweren innerpolitischen Kampfe, eine rigorose Interessenpolitik der Arbeitgeber- und Wirtschaftskreise droht die Arbeiterschaft niederzurängen. Lohn- und Gehaltsabbau wird rücksichtslos eingeleitet, dagegen wird die Preislenkungsaktion nur in mangelhaftester Weise gefördert. Daneben haben unverantwortlich geführte Rationalisierungsmaßnahmen und unzulängliche Wirtschaftsmethoden Millionen aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen, Mittel um die Arbeiterschaft in die Knie zu zwingen, Ziele, die dahinaus laufen, die freien Gewerkschaften zu zerschlagen. Unternehmergedanken, die durch die arbeiterfeindliche Haltung der Nationalsozialisten und Kommunisten gefährdet werden. Es ist ein unfaires Unterfangen, mit allen Mitteln werden wir unsere Kräfte einsetzen. Auch der bescheidenste Arbeiter muß erkennen, um was es geht, er muß sich in unsere Kampffront stellen, in Partei und Gewerkschaft gilt es zum Abwehrkampf bereitzustehen, wenn wir nicht wollen, daß Millionen junger, lebensfroher Menschen ihr Blut umsonst geopfert haben, sei es draußen auf dem Schlachtfeld, sei es im Straßenkampf, sei es durch hinterhältige Mörderhand. Das Werk, wofür wir Opfer brachten, soll und muß dem Volk erhalten bleiben, die deutsche Republik darf und wird nicht untergehen. Die internationale Arbeiterschaft wird eingedenk ihrer hohen Aufgaben die Sicherung des Weltfriedens jederzeit zu gewährleisten wissen. Mit diesen Gedanken und mit Bekennermut wird die Klassenbewußte, organisierte Arbeiterschaft stets ihrer Toten Gedächtnis feiern.

7 3öppig.

## Unsere Jugend

Wanderer, Jugendherbergsfreunde, aufgepaßt! Denkt daran, daß mit Jahreschluß eure DJh.-Mitgliedskarten, Bleibenausweise und Führerausweise ungültig werden! Erneuert sie rechtzeitig, möglichst schon in diesem Jahre. Wartet nicht, bis ihr eure Fahrt antreten wollt! Dann habt ihr keinerlei Schwierigkeiten. — Zum 1. Februar 1932 erscheint ein neues Reichs-Jugendherbergsverzeichnis. Bestellt es euch frühzeitig, damit ihr eure Fahrten in Ruhe vorbereiten könnt! — Solltet ihr noch nicht dem Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen als Mitglieder angehören, dann holt das schnell nach. Jugendliche können die Mitgliedschaft zum halben Beitragsjah erwerben.

## Aus unserer Bewegung

Berlin. In der außerordentlich stark besuchten Generalversammlung am 20. November 1931 teilte Kollege Ortman zunächst u. a. mit, daß die sogenannte Lichterfelder Krankenkasse (ein Privatunternehmen) daran geht, in erhöhtem Maße Schmutzkonzurrenz gegenüber den Ortskrankenkassen zu treiben. Sie hat sich bereits an die Berliner Unternehmer gewandt, ihre Arbeiter und Angestellten aus den Ortskrankenkassen herauszunehmen und sie bei der Lichterfelder Krankenkasse zu versichern. Kollege Ortman warnte dringend vor diesem Unternehmen. Es würde den Ruin der Ortskrankenkassen bedeuten und nichts weiter sein, als eine Sanierung der Lichterfelder Krankenkasse, die sich gleichfalls in Finanzschwierigkeiten befindet. — Hierauf folgte der Geschäftsbericht der Ortsverwaltung über das dritte Quartal, den Kollege Schaum erstattete. Er ließ in großen Zügen all die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse des dritten Quartals Revue passieren und behandelte noch einmal ausführlich die große Lohnbewegung der Gemeindearbeiter und Straßenbahner im August dieses Jahres. Im ganzen hatte die Ortsverwaltung 31 Abwehrbewegungen für 32 783 Betriebe mit 72 166 Beteiligten zu führen, die ohne Arbeitseinstellung endeten. In einem Betriebe mit 61 Beschäftigten wurde in den Streik getreten, weil der Unternehmer nicht weniger als 35 Proz. Lohnabbau verlangte. Leider ging der Streik verloren, weil sich Streikbrecher in genügender Zahl fanden. Erreicht wurde in 15 Fällen für 4811 Betriebe mit 33 364 Beschäftigten eine Erneuerung bzw. Verlängerung der Mantel- und Lohnsätze. Für 27 Betriebe mit 2787 Beteiligten wurden Arbeitszeitverkürzungen erreicht. — Im Möbeltransportergewerbe ist die Einführung des Metergeldes eine Neuerung. Die Möbeltransporteure erhalten für jedes Meter Wagenlänge 1 Mk. Die „Kraffag“ verlangte, daß die Chauffeure auf den Garantielohn verzichten, sonst würden 1500 Mann entlassen. Dieses Verlangen wurde von den Chauffeuren mit 1078 gegen 74 Stimmen abgelehnt. Inzwischen sind aber 750 Wagen aus dem Verkehr gezogen worden. Kollege Schaum ging dann noch kurz auf die allgemeine Wirtschaftslage ein und berichtete, es sei bekannt geworden, daß im Reichswirtschaftsbeirat verlangt wurde, mit einem Federstrich alle Löhne auf den Stand vom 1. Januar 1927 herabzusetzen. Kollege Schaum schloß mit einem Dank an alle Funktionäre in den Betrieben und im Ortsbüro für die außerordentlich schwere Arbeit, die sie der Organisation und der Mitgliedschaft geleistet haben und schloß mit der Hoffnung, daß wir bald die Zeit erleben, wo es wieder aufwärts geht statt abwärts. — Aus dem Kassenbericht, den Kollege Breßke gab, war zu entnehmen, daß die Ortsverwaltung die Summe von 1 185 154,60 Mk. vereinnahmte; die Ausgabe betrug 1 145 940,19 Mk., der Ueberschuß somit 39 214,41 Mk. Dem Vorstand wurden überwiesen 729 705,94 Mk. Für die Fakultä wurden eingenommen 22 072,80 Mk. Davon wurden an die Hauptkasse in bar abgeführt 6379 08 Mk. Der Rentka flossen an Beiträgen und Beitragsgeldern 22 544,40 Mk. zu, wovon der Hauptkasse 15 815,90 Mk. in bar überwiesen wurden. Kollege Breßke berichtete dann, daß auch in diesem Jahre eine Weihnachtsunterstützung gezahlt wird. Näheres darüber wird im nächsten „Mitteilungsblatt“ bekanntgegeben werden. — In der Diskussion wurde mit großer Schärfe der fortgesetzte Lohnabbau verurteilt. Ebenso das Treiben der Harzburger Front. Kollege Simsch, der erste Diskussionsredner, verlangte, daß die freien Gewerkschaften im Verein mit den Christlichen mit aller Energie gegen die Nazipest vorgehen. Er erinnerte insbesondere an den Naziterror in Cutin, der bereits so weit geht, daß städtische Arbeiter aus den Betrieben gejagt werden, nur deshalb, weil sie sich weigern, sich den Braunhemden anzuschließen. Simsch schloß seine Ausführungen mit einem starken Bekenntnis zum Sozialismus, der von den Gewerkschaften im Verein mit der Sozialdemokratischen Partei errungen werden müsse. Der linke Kommunist Bruhn machte im großen und ganzen ähnliche Ausführungen wie Simsch und man konnte ihm glauben, daß er es ehrlich meinte, als er mit großer Würde für eine Einheitsfront von SPD, bis Lenin-Bund mit Einschluß der freien Gewerkschaften zur Abwehr des Faschismus eintrat. Auch Göhring und Dettloff traten für diese Einheitsfront ein. Insbesondere war es der letztere, der aufforderte, auf jeden Fall dem Verbands die Treue zu halten. — Im Schlußwort ging Kollege Schaum auf die Diskussion ein. Er warnte vor allen Dingen das Unternehmertum, den Bogen des Lohnabbaues zu überspannen. Ebenso rief er den Marxistentöttern, das Maul nicht so voll zu nehmen; die Gewerkschaften seien stark genug, dafür zu sorgen, daß die Nazibäume nicht in den Himmel wachsen. Sie könnten sich leicht beim Köpferrollen die eigenen Köpfe einstoßen. — Zwei kommunistische Resolutionen wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ein Antrag, den Betriebsräten für Teilnahme an Informationsabenden 50 Pf. Fahrgehalt zu gewähren, wurde gegen eine große Minderheit angenommen. Im Namen der Ortsverwaltung hatte Kollege Kowoski für die Ablehnung gesprochen. Mit einem Hoch auf den Gesamt-Verband und die internationale Gewerkschaftsbewegung wurde die von gutem Geist getragene Versammlung geschlossen.

Leipzig. In der Generalversammlung am 28. Oktober gab Kollege Reder den Geschäftsbericht. Ein Merkmal der Arbeit des Gesamt-Verbandes sind die im dritten Quartal geführten 12 Lohnbewegungen. Sie verteilen sich auf 233 Betriebe mit 11 438 männlichen und 821 weiblichen, zusammen 12 259 Beschäftigten. Für 11 032 männliche und 502 weibliche Arbeitnehmer konnte ein von den Unternehmern geplanter wöchentlicher Lohnabbau von 85 985,75 Mk. unterbunden werden. In 30 Betrieben wurde die Einführung von Akkordarbeit erfolgreich abgewehrt. Erwähnenswert ist aber auch die im dritten Quartal erfolgte Lohnaufbesserung von wöchentlich 1,50 Mk. für einige hundert Beteiligte. Für andere war eine Verlängerung des Urlaubs durchzusetzen. — Ein weiterer Ausdruck der geleisteten gewerkschaftlichen Arbeit bietet das Rechtsschutzgebiet. Es wurden 124 Fälle erledigt. Straferfügungen und -befehle von 3 Monaten und 3 Wochen Gefängnis, 2 Tage Haft und 2767,75 Mk. Geldstrafen wurden bei den durchgeführten Verfahren auf 2 Tage Haft und 735 Mk. Strafe herabgesetzt. Dazu kommen die Aufgaben des Verbandes in bezug auf Unterstützung der Mitgliedschaft bei den verschiedensten Notfällen. Kollege Reder ermahnte die Mitgliedschaft zur regen Mitarbeit, damit die Werbearbeit den erwünschten Erfolg bringt. Die Ausgaben sind gestiegen, die Einnahmen etwas zurückgegangen, worüber Kollege Kunze im Kassenbericht sprach. Die Folgen der Wirtschaftskrise — wachsende Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse usw. — alles das aus der Welt zu schaffen, dazu gehören starke Gewerkschaften. — Ueber den Gewerkschaftskongreß referierte Kollege Kurpat. Ausgehend vom Tagungsverlauf behandelte er eine Anzahl Probleme, die sich für die Gewerkschaften auf dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben national und international ergeben. Im Vordergrund der Ausführungen stand die Entwicklung der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung, die sich bereits beim Tagungslokal im Zentrum der Stadt und vor 40 Jahren am Rande der Stadt Frankfurt a. M. zeigt. Ehemals Streit um die Frage des Abchlusses von Tarifverträgen im Lager der Arbeiterchaft und heute Kampf um die Erhaltung des geltenden Tarifrechts. Die Gewerkschaften sind eine Macht geworden, die das öffentliche Leben im allgemeinen und das Einzelkämpferleben des Arbeiters durch den Kollektivismus bestimmd beeinflussen. Nicht unerwähnt blieb die Rede Steierwalds und die sich daran knüpfende Kritik der Delegierten über die Politik des Reichsarbeitsministeriums. Auf der Grundlage des Geschäftsberichts der Bundesleitung, der Referate über private und öffentliche Wirtschaftsfragen wie Arbeitsrecht lenkte Kollege Kurpat das Denken der Anwesenden auf das kapitalistische Wirtschaftssystem. So wurde das Kreditwesen dargestellt, das der Spekulation weitesten Spielraum gewährt und den Spekulanten arbeitsloses Einkommen verschafft. Die Zollpolitik wurde in ihrer Bedeutung für die Erhaltung der unsinnigen Wirtschaftsweise besonders der europäischen Länder untersucht. Ähnlich wie bei dem Spruch von den Königskindern und dem tiefen Wasser kann man hier sagen: Die Länder Europas können nicht zusammen kommen, sie können nach Sachlage (Bodenschätze, Klima, Technik usw.) keinen entsprechenden Warenaustausch durchführen, weil eben Zollmauern nach kapitalistischen Zwecken errichtet worden sind. Leidtragende ist die Arbeiterklasse, deren Existenz ständigen Gefahren ausgesetzt ist. Europa gegenüber stehen geschlossene, hoch entwickelte und sich in ständiger Entwicklung befindliche Wirtschaftskörper. Man denke an die Vereinigten Staaten von Amerika, an Asien usw. Wo bleiben die Vereinigten Staaten von Europa? Die Arbeiterklasse hat daraus zu lernen und ihre Forderungen aufzustellen. Die Innen- und Außenpolitik sind darauf einzustellen. Stärkster Antrieb dazu muß der Krieg von 1914 bis 1918 mit all seinen Schrecken für die Völker Europas sein. Reparationen, Inflation, Krisen usw. sollten der Arbeiterklasse ständig das Bewußtsein zur Mitarbeit an der Ueberwindung der Profitwirtschaft stärken. Rationalisierung ist unaufhaltbar, aber die sich daraus ergebende Ertragsverteilung ist eine Frage der Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit. Bis 1929 aufsteigende Wirtschaftsentwicklung — Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie Ausbau des sozialen Arbeits- und Dienstrechtes durch starke Gewerkschaften. Von 1930 an Krise, ständige Steigerung der Arbeitslosenziffern, Lohn- und Gehaltsabbau usw. Ja, muß das sein? Wir sagen: nein! Die infolge der Machtverlagerung eingetretene Schwächung der Kaufkraft der Gewerkschaften muß wettgemacht werden. Der Krise war das zahlenmäßige Verhältnis zwischen der organisierten und unorganisierten Arbeiterchaft 1 : 3; jetzt muß es 1 : 2 und noch besser werden. Nur auf diesem Wege ist die Erhaltung der Gewerkschaften möglich. Nur damit wird der Kraftausgleich in Krisenzeiten erreichbar. Gelingt uns das, dann werden die Gewerkschaften erfolgversprechend für die Erhaltung und Ausbau der öffentlichen Wirtschaft, für die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche, für Erhaltung und Ausbau des Sozialrechts usw. kämpfen können. Und im Zeichen dieser Erkenntnis stand der Gewerkschaftskongreß. Stürmischer Beifall dankte dem Kollegen Kurpat für die Ausführungen, der die Anwesenden zur verstärkten Mitarbeit aufgerufen hat. Im gleichen Sinne kam Kollege Biach nochmals auf die gewerkschaftliche Arbeit zu sprechen. Darauf wurde die Generalversammlung beendet.



### Nach Redaktionschluss

ersehen wir aus den Abendzeitungen vom 23. November 1931, daß der amtliche Bericht über die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats bereits bekanntgegeben wird. Wir behalten uns eine besondere Stellungnahme vor, stellen aber an Hand eines „Vorwärts“-Berichts („Der Abend“) folgende Haltung unserer Gewerkschaftsvertreter fest:

„Die Beratungen des Wirtschaftsbeirats haben heute mittag ein unfriedliches Ende genommen. Nach der Verlesung des Exposé des Reichskanzlers, das die Arbeiten des Wirtschaftsbeirats und die Ergebnisse zusammenfaßt, gab Genosse Peter Graßmann im Namen der Vertreter sämtlicher gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, d. h. sowohl des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFA-Bundes, als auch des Christlichen Gesamtverbandes wie der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften eine scharf formulierte Erklärung ab.

Die Erklärung betont, daß die Vertreter der Gewerkschaften der Einladung des Reichspräsidenten gefolgt seien, um im Wirtschaftsbeirat, wie es in der Einladung hieß, ein wirtschaftlich wirksames und sozial gerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen und durchzuführen, dessen Ziel sei, die Arbeitslosigkeit zu mindern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen. Indessen, sagte Graßmann, hätten die Beratungen im Wirtschaftsbeirat gezeigt, daß über die Mittel und Wege zu diesem Ziel eine Verständigung nicht möglich sei.

Graßmann wies unter anderem besonders darauf hin, daß der Wirtschaftsbeirat nicht die gesetzliche Festlegung der Dierzigstundenswoche mit Einstellungszwang ausgesprochen habe. Besondere Bedenken hätten die Gewerkschaften auch in der Frage der Handhabung des Schlichtungswesens und der Verbindlichkeitserklärung. Das Exposé des Reichskanzlers über die Absicht, einzelne Preise herabzusetzen, biete weder die Möglichkeit, die Lebenshaltungskosten in ausreichendem Maße zu senken, noch könne dadurch die Belebung der Wirtschaft herbeigeführt werden.

Die Gewerkschaften können deshalb auch den Schlußfolgerungen des Reichskanzlers nicht zustimmen. Die Gewerkschaftsvertreter verlangen von der Reichsregierung, daß sie an der ursprünglichen Zielsetzung des Wirtschaftsprogramms festhält und unter keinen Umständen Maßnahmen trifft, die die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter schwächen würden.“ ed.

### Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Der Volksentscheid auf Auflösung des Braunschweigischen Landtags am 15. November ist negativ ausgefallen. Von 352 724 Stimmberechtigten beteiligten sich nur 38 655 an der Abstimmung. Davon waren 36 079 Ja-, 2071 Nein- und 505 ungültige Stimmen.

Die Landtagswahlen in Hessen am 15. November hatten folgendes Ergebnis:

|                         | Reichstagswahl 1930 | Reichstagswahl 1930                      |
|-------------------------|---------------------|--|
| Sozialdemokraten . . .  | 168 299             | 215 747                                  |
| Zentrum . . . . .       | 112 440             | 104 246                                  |
| SPD . . . . .           | 106 775             | 84 518                                   |
| Komm. Opposition . . .  | 14 954              | —  |
| Deutsche Volksp. . . .  | 18 325              | 49 929                                   |
| Deutsche Staatsp. . . . | 10 793              | —  |
| Radikal-Demokr. . . . . | 4 617               | 38 829                                   |
|                         |                     | Chr.-Soz. Volksp. . . . . 16 712 19 085  |
|                         |                     | Vollstrecht . . . . . 1 789 4 702        |
|                         |                     | Hessisches Landb. . . . . 20 766 57 575  |
|                         |                     | Deutschnationale . . . . . 10 857 11 902 |
|                         |                     | Soz. Arb.-Partei . . . . . 8 170 —       |
|                         |                     | Nationalsoz. . . . . 291 189 137 931     |

Die Mandate im neuen Landtag verteilen sich wie folgt: SPD, 15, Zentrum 10, Kommunisten 10, Kommunistische Parteiopposition 1, Deutsche Volkspartei 1, Deutsche Staatspartei 1, Christlich-Sozialer Volksdienst 1, Hessisches Landvolk 2, Deutschnationale 1, Sozialistische Arbeiterpartei 1, Nationalsozialisten 27.

Der Naziterror herrscht in Gelnau unbeschränkt. In Trupps von 6 Mann durchzogen sie tagelang die Stadt und bedrohten und beschimpften jedermann, von dem sie annahmen, daß er Republikaner sei. Beschwerden bei der obdenburgischen Regierung und dem Polizeichef wurden dahin beantwortet, daß der Bevölkerung ein größerer polizeilicher Schutz nicht gewährt werden könne. — In einer öffentlichen Versammlung forderte der Naziführer Böhmker alle „nationalen Arbeiter“ auf, alle Nazis aus ihren Betrieben zu entlassen und A-Lente einzustellen. In mehreren Fällen ist das auch geschehen. Auch die Stadtverwaltung hat den Gasarbeiter Siebenbrodt freilos entlassen. — In Königsberg in der Neumark wurde ebenfalls der SPD-Arbeiter Kracht von seinem Meister auf Betreiben der Nazis entlassen. — In Würben, Kreis Ostlar, wurde der Reichsbannermann Schinke von einem Nationalsozialisten überfallen und niederschlagen. Zusammenbrechend rief Schinke um Hilfe. Daraufhin schoß ein anderer Nazi blindlings aus einem Gutshof auf herbeieilende Reichsbannerleute. Drei wurden verletzt und mußten ins

Breslauer Krankenhaus geschafft werden. — In Sonneberg (Thüringen) hielt der fassam bekannte Fria eine übliche Landrede, in der er u. a. ausführte: „Der volksindliche Marxismus müsse mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Es sei besser, wenn bei diesem Prozeß einige Tausend oder Zehntausend marxistische Funktionäre zu Schaden kommen, als daß das deutsche Volk an der marxistischen Pest zugrunde gehe. Unter der Rotberordnung zur Bekämpfung politischer Ausbreitungen seien die marxistischen Ueberfälle auf Nationalsozialisten immer größer geworden. Wir würden einmal mit dieser marxistischen Notdpest in weniger als 24 Stunden Schluß machen!“

Konferenz der Innenminister. Reichsinnenminister Groener hatte die Innenminister der Länder zum 17. November zu einer Konferenz eingeladen, die Stellung nehmen sollte zu dem politischen Terror. Nach der amtlichen Verlautbarung „ergab die Aussprache die einmütige Auffassung über die Notwendigkeit, dem politischen Terror, von welcher Seite er auch kommen mag, mit allen Mitteln entgegenzutreten“. Minister Groener hatte mitgeteilt, daß ihm von Hitler viel Material übergeben worden sei, über Terrorakte, die an den Nazis verübt worden seien. — Am gleichen Tage hatten die sozialdemokratischen Abgeordneten Wels, Breitscheid, Hilsenring und Herz eine Unterredung mit dem Reichskanzler Brüning, an der auch die Minister Groener und Severing teilnahmen. Die genannten Abgeordneten überreichten viel Material über Naziterrorakte. Brüning und Groener versprachen, gegen „den Terror Schritte zu unternehmen.“

Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz hat am 19. November ihre Schalter geschlossen. Auch in diesem Falle hat die Reichsregierung die Sanierung übernommen. Der verantwortliche Direktor Seiffert ist flüchtig.

Drei Erlasse des preussischen Innenministers Severing vom 20. November weisen die Polizeibehörden an, Versammlungen auszulösen, in denen, wenn auch in verschleierte Form, zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wird, außerdem kann von vornherein die Zulassung jedes Redneres verboten werden. — Der zweite Erlass verbietet Geländeübungen und Märsche und drittens ist die Abgabe von Stief- und Stoßwaffen an Personen unter 20 Jahren verboten.

Die katholische Geistlichkeit von Groß-Bodnum warnt in einer Entschiedenheit vor weiterem Lohnabbau.

Durch Beschluß des Unterhauses ist England in die Reihe der Schutzstaaten getreten.

Ergänig Alfons von Spanien ist vom spanischen Parlament des Hochverrats schuldig gesprochen und zu dauernder Landesverweisung und zum Verlust seines gesamten noch in Spanien befindlichen Vermögens verurteilt worden.

### RUNDSCHAU

Eine besoffene Geschichte. Wir lesen in Nr. 271 der „Arbeiterpolitik“ (Organ der KPDG.) folgende erbauliche Geschichte: „Aus Kassel: In der letzten Stadtverordnetenitzung von Kassel war der nationalsozialistische Stadtverordnete, Straßenbahnschaffner Plock, offenbar ganz gehörig angetrunken. Plock hatte sich aus Freude über einen Sieg der Naziartei mit Alkoholika übernommen, wurde in der Stadtverordnetenversammlung schwer verkohlt und wahrscheinlich darum von seiner Parteileitung derbe gerüffelt. Aus Ärger, denn ein anderer Grund ist kaum denkbar, schrieb er sofort an den Stadtverordnetenvorsteher, daß er der kommunistischen Fraktion betrete und einen Sitz auf ihrer Bank verlange. Darob natürlich große Freude in der Bezirksleitung der KPD. Neben einem Leutnant Scheringer und seinem Rachekrieg gegen Frankreich, einem Pfarrer Eckert und seinem religiösen Kommunismus, wurde nach telephonischer Unterredung mit dem SK in Berlin entschieden, daß auch noch ein Nationalsozialist Plock mit seinem Affen Pfah hätte und so wurden ihm schleunigst die Tore der Partei weit aufgemacht. Der Stadtverordnete Plock war aber unterdessen sicher schwer unter Druck gekommen. Aus seinem lustigen Affen war ein trübseiger Kater geworden. Er gab noch am selben Tage eine Erklärung ab, daß er sein Stadtverordnetenmandat niederlege und Mitglied der Hitler-Partei bleibe.“

Rekord-Ausfuhrüberschuß. Die deutsche Ausfuhr entwickelt sich trotz aller Währungs-schwierigkeiten und Zollerhöhungen weiter. Im Monat Oktober wurde ein Ausfuhrüberschuß von 366 Mill. Mk. erzielt, gegenüber 387 Millionen im September und 349 Mill. Mk. im August, mithin allein in drei Monaten ein solcher von 1152 Mill. Mk. Im Oktober ist die Erhöhung des Ausfuhrüberschusses allein durch die Steigerung der Ausfuhr erzielt worden. Die Einfuhr stieg von 448 auf 483 Mill. Mk. und die Ausfuhr von 835 auf 879 Mill. Mk. Die Ausfuhrerhöhung entfällt nahezu völlig auf Fertigwaren. Deren Ausfuhr stieg um 48 Mill. Mk. auf 691 Mill. Mk. Der Ausfuhrüberschuß in den ersten 10 Monaten dieses Jahres beläuft sich auf rund 2,4 Milliarden Mark. Davon entfallen 347 Mill. Mk. auf Reparationsfachlieferungen. Die Lieferungen nach Rußland spielen dabei eine gewisse Rolle. Nach dort wurden von Januar bis Oktober 1931 für 592 Mill. Mk. Waren geliefert. Man könnte sich über diese Entwicklung freuen, wenn man nicht wüßte, daß die gesteigerte Ausfuhr teilweise auf Schleudereporte und Preisunterbietungen zurückzuführen ist.

## Haie und sechzehn Mann

— in diesem Hafen an der Westküste Südamerikas kamen wir so gegen sechs Uhr abends an, dürr und ausgehungert — das kann sich nur jemand vorstellen, der einmal sieben Monate lang in dieser Gegend Apfelsinen oder Salpeter gefahren hat. Man arbeitet vor glühenden Kofen, daß die Finger voll Blasen aufspringen, und alle kühle Luft, die man schnappt, fächelt man sich mit den Händen zu aus den Windfängen, die auf Deck ihre breiten Mäuler dem Wind entgegenhalten. Dann sackt man in seine Koje in der Back, man starrt vor sich hin, acht Mann in einer Kammer, die Lampe schwankt hin und her; und man stellt es sich vor: wenn ich in Santiago oder erst in Lima bin — man blinzelt sich gewissermaßen selbst zu, man reckt sich und dehnt sich, und über einem in der Koje seufzt Kudbl, der ist zwei Zentner schwer und hat eine Braut in Marseille; aber mit ihm reden kann man nicht, und mit den anderen reden kann man erst recht nicht, denn man kennt sich ja, und wenn sie den Mund aufmachen, weiß man im voraus, was sie reden, jedes Wort kennt man und jedes Begriffe. — Nun kommen wir also in den guten Hafen, ausgehungert nach Land, nach Menschen, nach Erde und dem Staub der Straßen. Der Hafen ist eine ganz kleine leise Bucht im Pazifik, man kann sagen, er liegt am offenen Meer. Die weißen Felsen leuchten hinter der Stadt nachts wie Milch, und immer sind Segler im Hafen, auf denen die Neger Ananas laden und dazu singen. Wir machen also fest, donnernd lauft das Fallreep längsseit, und wir stehen an der Reeling und blinzeln hinüber in die gute Stadt. Da rauchen die Schornsteine, da leuchten die kleinen weißen Häuser in der Sonne; und die Mädels tanzen am Kai herum mit so süßen kleinen Schritten, Krüge auf den Schultern und mit bunten Tüchern um den Kopf. Und: Land riecht es, Land flüstert es, Erde, Land! Und wir stehen hinten am Heck, schnalzen und stoßen uns an, und der eine denkt: ich geh hierhin, und der andere: ich geh dahin, und so stehen wir alle und sehen hinaus über das Wasser auf die gute Stadt. — Da passiert was. Der Maat stürzt herbei, macht ein ganz dummes Gesicht, kommt eben aus der Koje vom Kapitän. „Jungens“, keucht er, und er ist vollkommen verdattert, „Landurlaub gibt's nicht, Quarantäne, Gelbes Fieber oder so 'n Mist, ja, Jungens, da ist nichts zu wollen, morgen abend geht's weiter. — Ihr kriegt jeder zwei Flaschen Bier vom Kapitän, und es tut ihm leid, läßt er sagen.“ — Da standen wir nun, und ich weiß nicht, ob ihr das verstehen könnt, aber es war uns allen ganz einfach zum Heulen, und sonst nichts.

Plötzlich geht etwas in den Kojen vor. Wir spüren es irgendwie in den Knochen, wir stützen den Kopf auf die Ellbogen und sehen uns an. „Mensch“, sagt Kudbl endlich, „das geht doch nicht!“

Pause. Schweigen. Wir sehen uns an. — „Warum soll es denn nicht gehen, Jungens, stellt euch das doch man vor“, sagt plötzlich einer.

Wieder Pause. Und da haßte ich es nicht mehr aus. Ich springe aus der Koje und ich schreie: „Jungens! Also denn los und kein langes Gerede!“

Und schon sind wir drin im Badezeug, und ein paar Moneten wickeln wir uns um den Hals, und dann schleichen wir vorsichtig ans Fallreep wie die Indianer.

Und was meinen Sie, wer da steht? Da stehen die von der anderen Wache, acht Mann hoch, und warten nur darauf, daß der Mond ein wenig unterjakt, und hören auf die schwermütigen Lieder der Neger, die drüben Ananas laden; da ist der erste über

Bord; lautlos folgen wir anderen. — Als wir drüben am Ufer pudelnah an der Kaimauer hochklettern, empfangen uns schon die kleinen Mädchen mit Handtüchern und sie rieben uns die Rücken trocken mit ihren kleinen Weiberpfötchen, und vorsorglich, damit wir uns ja nicht erkälten sollten, führten sie uns in eine Weinkneipe, damit wir uns auch innerlich erwärmten. Und dann zogen wir durch die Stadt, sechzehn deutsche Seeleute, in Badehosen, Handtüchern und den bunten Schals unserer Signoritas, singend und glücklich, so marschierten wir über die feste Erde, durch die nächtlich bewegten, mondscheinüberglänzten Straßen. — Plötzlich war die Nacht vorbei; was soll ich euch erzählen, wie wir uns wiederfanden, morgens ganz früh, am Kai in der Dämmerung? Wir waren verkatert und froren, und wir standen an den einsamen Kais im Morgengrauen und starrten ins Wasser; jeden Augenblick glaubten wir dunkle Schatten, Haie, aus dem Wasser auftauchen zu sehen. — „Die Haie“, sagt einer, „kommen meistens in den ersten Morgenstunden nahe an Land, weil es da still ist.“ — „Halt's Maul“, jagte ein anderer und seufzte. — Wir überlegten uns: hinüber müssen wir! Wenn die Offiziere über die Hafenbehörden erfahren, daß wir in der Stadt gewesen sind, wo das Gelbe Fieber herrscht, lassen sie uns nicht wieder an Bord. Wenn wir aber hier bleiben, nackt, ohne Geld, ohne Kleider, ohne Papiere, dann können wir hier verrecken und verkommen, nie wieder findet sich ein Schiff für uns, nie wieder werden wir eine Planke unter den Füßen schwanken fühlen. — Und ich ging langsam die Treppen hinunter, die vom Kai zum Wasserspiegel führten. Es waren achtzehn Stufen, ich vergesse das nie, die anderen folgten mir nach. — Und damit ist eigentlich die Geschichte zu Ende. Wir

gingen jeder die achtzehn Stufen hinunter, die letzten ein wenig langsamer. Dann blieben wir stehen. Lange Zeit. Wir atmeten kaum. Langes Schweigen. Als der erste Strahl der Sonne aufblühte, war es Kudbl, glaube ich, der als erster ins Wasser glitt, leise, totenbläß. Er verschwand in der Dämmerung. Das Plätschern verjacte. — — — War das nicht ein Schrei? — War da nicht der Schatten einer schwarzen Flosse — — —?

Dann folgte einer nach dem anderen, wir schwammen sozusagen auf den Sehenstippen — — — Keuchen, tödliche Angst um jeden Schatten, leises Atmen.

— — — Wir langten am Fallreep an. Wir zählten uns. Das Wasser glänzte blau und unbewegt sanft. Keiner fehlte.

Um sechs Uhr glaste es viermal; sechzehn Mann der Besatzung des guten Schiffes schloffen traumlos und tief. Die Sonne ging auf, die Welt ging weiter. Es war nichts geschähen.

H. L e p m a n n im „Simplizissimus.“

### Die beiden Freunde.

Der eine hieß Klas, und der andere hieß Hein. Sie fuhren zusammen, und später allein. Kam Hein von der Reise zurück nach Haus, So stach Klas in die See hinaus! — Und kam Klas von der Reise zurück an Land, So stieß Hein ab „von de Waterlant.“ —

Der dumme Zufall wollte es so; Und sie waren froh, Denn jeder der beiden trug in die Fern Im Herzen das Bild der schönsten Deern. Kam keiner dem andern zu Gesicht. — Und Anne Schulte verriet sich schon nicht. Sie war so klug und sauber und nett. Auch hatt' sie ein schönes, reiches Bett, Und trieb es heimlich und mit viel List; Na, wie das so Sitte ist. —

Da blies der Zufall im letzten Jahr Klas an die Küste von Malabar, Und blies (wie hätte der Zufall sonst Sinn) Auch Hein zur selben Stunde dorthin. Sie gingen an Land in Kalikut; Im feinsten Häuschen und steilen Hut. „Klas?“ — „Hein? Gottverdammich! Du hier?“ Und sie gingen zum Bier. —

„Wir segeln nach Haus!“ rief Hein. — „Wir auch!“ rief Klas. „Und dann vertimm ich den Feuerbaas!“ — „Und ich mach' Hochzeit!“ rief Hein gar nicht bang. „Ach, was du tannst, tann ich schon lang! Anne Schulte wird meine Frau!“ —

„Du lügst! Mich nimmt sie!“ „Ich kenn' sie genau!“ — „Hein! Mich nimmt sie!“ „Nein mich!“ Und sie packten sich. — Und war Klas mutig, so war Hein kühn; Er hieb ihm das linke Auge grün. Dafür stieß Klas ihm die Faust ins Kabelgatt Und Hein haut ihm dafür die Nase platt. So tauschten sie noch manch' kräftiges Wort Und gingen an Bord! —

Klas hatte kurzerhand zugelegt, Als Hein den Streit auf die Heimat verlegt. Doch als sie um Weihnachten kehrten zurück, Saß Anne Schulte längst im Eheglück. — Da stand Klas so steif wie ein Anterstedt Und sagte: „Dor helpt nur 'n liebes Grog!“ Doch Hein? — Der rührt kein Fingerglied. Der sagt nur: ... „Schiet!“